

Inserate werden angenommen in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstr. 17, Sekt. Dr. Schlech, Hofstieferant, Dr. Gerberstr. u. Breitestr. Ede, Otto Lichthoff, in Firma J. Penmann, Wilhelmplatz 8.

Berantwortliche Redakteure: für den innerpolitischen Theil: F. Hachfeld, für den übrigen redakt. Theil: E. R. Liebscher, beide in Posen.

Inserate werden angenommen in den Städten der Provinz Posen bei unseren Agenturen, ferner bei den Annoncen-Expeditionen R. Moos, Haasestein & Vogler J. S., G. J. Faabe & Co., Journalredact.

Berantwortlich für den Inserat: W. Braun in Posen Fernsprecher: Nr. 102.

Posener Zeitung

Hundertunderster Jahrgang.

Mr. 171

Die „Posener Zeitung“ erscheint täglich erst Mai, am Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, für ganz Deutschland 5,45 M. Bestellungen nehmen alle Ausgaben der Zeitung sowie alle Postämter des Deutschen Reiches an.

Freitag, 9. März.

Inserate, die schlechthin keine Zeitzeile oder deren Raum in der Morgen-Ausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 20 Pf., in der Mittag-Ausgabe 25 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittag-Ausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgen-Ausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1894

Die Reichssteuerreform.

Es steht mit aller Sicherheit fest, daß von den Steuerentwürfen zur Deckung der erhöhten Militärkosten nur die Stempelsteuer durchgehen wird, nicht aber die Quittungs- und Frachtbrieftsteuer, noch weniger die Tabakfabrikatsteuer und am wenigsten die Weinsteuer. Möglich, daß an Stelle der beiden letzteren Vorlagen ein paar Ersatzmittelchen beliebt werden, nämlich die Erhöhung des Zolls auf ausländischen Tabak und eine Flaschen-Weinsteuer. Der finanzielle Erfolg wäre aber immer noch nicht hinreichend, um die militärische Kostenrechnung zu begleichen, und auf alle Fälle werden die Matrikularbeiträge der Einzelstaaten für das kommende Jahr erhöht werden müssen. Ist dies auch nicht tragisch zu nehmen, so ist und bleibt es wahr, daß die Ordnung der Reichsfinanzen noch immer aussteht, und daß sie ein staatspolitisches Bedürfnis ersten Ranges ist. Die Abneigung gegen die wichtigeren der jetzt vorgelegten Steuerentwürfe ist berechtigt, aber sie darf nicht hindern, anzuerkennen, daß die Aufgabe, zu deren Erfüllung diese sogenannte Reichssteuerreform eingeleitet worden ist, in der That ein gemeinsames Interesse aller, am Wohl und Wehe unseres Vaterlandes teilnehmenden Erwerbsklassen und Parteien darstellt. Man sollte sich auch nicht bei dem Gedanken trösten, daß es ja durch allerlei Ersparnisse, Verschiebungen und ein klug ersonnenes System von Lastenvertheilung über verschiedene Jahre hinweg immerhin möglich gemacht werden kann, dem augenblicklichen Bedürfnis zu genügen. Der Reichstag hat rund 11 Millionen am Militäretat gestrichen und 3½ Millionen mehr beim Postetat eingestellt. Um diese 14½ Millionen also verringert sich für das kommende Etatjahr die Notwendigkeit der Herbeischaffung von Geldmitteln. Nun sind wir zwar überzeugt, daß der Militärverwaltung die eindringlich beigebrachte Lehre der Sparsamkeit nur nützen kann, aber wir sind nicht ebenso gewiß, daß sie auch in Zukunft beherzigt werden wird, und wenn die Streitort zwischen Regierung und Konservativen einmal begraben sein wird, dann dürften die jetzt verweigerten Bewilligungen mit gehäufteten Zinsen nachkommen. Nicht immer jedenfalls wird es möglich sein, derartige starke Abstriche am Militäretat zu machen. Aber auch abgesehen hiervon ist es nur halb wahr, daß sich innerhalb einer weisen Finanzpolitik die Ausgaben lediglich nach den vorhandenen Einnahmen zu richten haben. Als Grundsatz kann man sich diese Regel schon gefallen lassen, indem er sie ihre notwendigen Ausnahmen durch die Kulturaufgaben eines großen Staatswesens. Verhältnisse können kommen, in denen für wichtige Zwecke Geld erst beschafft werden muß, und die Unannehmlichkeit solcher Erschließung neuer Einnahmequellen kann erfreulicher Weise aufgewogen werden durch den höheren, zuletzt auch finanziell sich bezahlten Nutzen derartiger Auffindungen. Die Reichsfinanzpolitik wird also in der That dahin streben müssen, statt des jetzigen Systems des Klickwerks, des Löcherstopfens, der Uebervölzung auf die Einzelstaaten eine organische Reform durchzuführen. Das Gelingen dieser Aufgabe wird uns allen in allen Erwerbsklassen und politischen Lagern förderlich sein können, wosfern die Aufgabe nur von hohen Gesichtspunkten aus in Angriff genommen wird.

Ganz objektiv läßt sich nun feststellen, daß jeder Steuervorschlag immer nur denjenigen wirtschaftspolitischen und allgemeinpolitischen Bestrebungen behagt, die von seiner Durchführung nur obenhin oder gar nicht berührt werden. Man mag das Problem anfassen, wo man will, immer wird einer überzeugten Befürwortung jedes Steuervorschlags eine leidenschaftliche Bekämpfung durch die Vertreter der bedrohten Interessen begegnen. Es wäre zweifellos durchführbar, die Finanznot des Reiches durch Beseitigung der Brennerprämien zu heilen. Aber es steht nun doch einmal so, daß die verbündeten Regierungen den Konservativen auf diesem heißen Gebiete nicht wehe thun wollen, und ob man das nun billigt oder bedauert, so ist es, wie es ist, und wir sehen keine Möglichkeit, die leitende Politik von diesem Standpunkt abzubringen. Empfehlen die Konservativen eine erhöhte Biersteuer, so stehen dem ebenfalls mächtige Interessen und außerdem ein bindendes Versprechen des Reichskanzlers entgegen. Wird eine Reichseinkommensteuer oder eine Reichserbschaftssteuer vorgeschlagen, so bleibt auch das nur akademisch, weil große Parteien nicht mitgehen wollen und weil, selbst wenn sie mitgingen und selbst wenn die oberste Leitung der Reichsgeschäfte dafür zu gewinnen wäre, ein hartnäckiger Widerstand schounungsbedürftiger Partikularstaatsinteressen unüberwindlich erscheine. Dazu kommt der immerhin beachtenswerthe Einwand, daß direkte Reichssteuern im Grunde doch nur die etwas andere Benennung einer Sache wären, die wir schon haben und deren weitere Ausgestaltung uns ohnehin nicht erwartet bleiben wird, daß mit anderen Worten, direkte Steuern nicht weniger

wehe thun, wenn sie im Namen des Reichs, als wenn sie im Namen der Einzelstaaten erhöhen werden.

Somit ständen wir vor einer hoffnungslosen Ausgabe, wenn diese ganze Steuerreformfrage nicht in Wahrheit nur eine Theilfrage der allgemeinen Volkswirtschaft wäre. Wir bekennen uns zu dem Optimismus, daß die Reichsfinanznot und auch die der Einzelstaaten zu derselben Zeit (ohne Erschließung neuer Steuerquellen) aufhören wird, wo eine gesteigerte Regsamkeit des Erwerbslebens die schon vorhandenen Steuerquellen ergiebiger machen wird. Alle unsere Steuern, direkte wie indirekte, Einzelstaatssteuern und Reichssteuern, Eisenbahneinnahmen und Zölle, also alle Einnahmequellen, wie sie auch heißen mögen, können und werden reichliche Erträge bringen, sobald nur erst der bleiernen Druck von unserem Erwerbsleben genommen sein wird. Eine groß angelegte Finanzpolitik wird sich hiernach vor allem die Aufgabe stellen müssen, ihre wirksame Betätigung auf dem Gebiete der umfassenderen Nationalwirtschaft zu entfalten. Die Wiederbelebung von Handel und Wandel, die uns die neu eingeleitete Tarifvertragspolitik verheist, wird das fiskalische Getriebe in schnellere und ertragreichere Bewegung versetzen. Aus den preußischen Staatsstaaten allein sind Dutzende von ferneren Millionen mit Leichtigkeit und ohne besonderes Hinzuthun der Verwaltung herauszuwirtschaften, sobald nur erst ein wieder gesteigertes, intensiver arbeitendes Wirtschaftsleben diese Kanäle speist, und die Zahlung etwaiger erhöhter preußischer Matrikularbeiträge, die jetzt nur mit Schwierigkeiten möglich ist, wird dann so leicht sein wie vormals. Die 8—9 Millionen Mehreinnahmen an Zöllen und Verbrauchssteuern, die die ersten 10 Monate des laufenden Reichsatzjahres gegen den Voranschlag gebracht haben (Dank der bereits merkbaren Wiederbelebung von Handel und Wandel), sie haben uns nicht die Mühe eines neuen Steuergesetzes gemacht, sie sind uns ohne das Hinzuthun der Gesetzgebung zugesunken, und sie sind namentlich produktive Einnahmen, weil zu dem, was sie uns bringen, der sichtbare Nutzen für Verkehr und Industrie hinzutritt. Zum Verzagen ist also gar kein Anlaß vorhanden.

Die Fürsorge für mittellose Wanderer in Deutschland.

Zur Versorgung mitteloser, arbeitsfähiger, ortsfremder Wanderer, deren es in Deutschland Hunderttausende gibt, hat die gemeinnützige Thätigkeit dreierlei Veranstaltungen getroffen: die Arbeiterkolonien, die Herbergen zur Heimat und die Verpflegungsstationen. Die 25 Arbeiterkolonien in Deutschland enthalten 5000 Betten, die ca. 400 Herbergen zur Heimat 14000 Betten, die Verpflegungsstationen, von denen schon 1890 allein 951 in Preußen gezählt wurden, weisen etwa 10000 Betten auf. Das in den Herbergen zur Heimat jetzt angelegte Kapital wird auf etwa 30 Millionen geschätzt, welche Summe größtentheils à fonds perdu aufgebracht wurde. Die Statistik der Herbergen zur Heimat für 1891 berichtet, daß in diesem Jahre in 379 Herbergen 2060 000 durchreisende Gäste mit 2 739 000 Schlafnächten übernachtet haben. Die Arbeiterkolonien haben ihren Mittelpunkt in dem Zentral-Vorstand deutscher Arbeiterkolonien, die Herbergen zur Heimat in dem deutschen Herbergsvorstand, die deutschen Verpflegungsstationen in dem im Januar 1892 in Kassel begründeten Gesamt-Vorstand der deutschen Natural-Verpflegungs-Stationen. Organ dieser Vereinigungen ist die jetzt im X. Jahrgang erscheinende Monatsschrift "Die Arbeiterkolonie". (Verlag: Zentral-Vorstand der deutschen Arbeiterkolonien in Wustrau.) Das Werk, an dem diese 3 Vereinigungen gemeinsam arbeiten, ist zugleich erzieherisch und wirtschaftlicher Natur, erzieherisch, indem es die Wanderer vor der Betteteil und vor dem Verzumpfen in dem regellosen Wanderleben zu bewahren, wirtschaftlicher, indem es den Wanderern vorübergehende oder dauernde Arbeitsgelegenheit zu verschaffen sucht, weshalb diese Veranstaltungen nicht nur zum großen Theil selbst Arbeitsstätten sind, sondern auch mit Arbeitsnachweisen verbunden sind. Es erscheint deshalb nur als eine Frage der Zeit, daß sich diesen 3 Vereinigungen eine vierte wichtige Vereinigung anschließen wird, zu deren Zustandekommen gegenwärtig Schritte unternommen werden, nämlich die Vereinigung der gemeinnützigen Arbeiter in Deutschland in den großen Städten. Diese vier Veranstaltungen arbeiten an einer großen sozialen Aufgabe, vielleicht an der größten, die unsere Zeit kennt, an der Befreiung der Arbeitslosigkeit und der aus ihr hervorgehenden Uebel. Sie wollen das Recht auf Arbeit praktisch verwirklichen. Werden sie ihre Aufgabe erfüllen können? Vielleicht wird uns die Zukunft dies bringen.

Gegenwärtig befinden sich alle vier Veranstaltungen, Kolonien, Herbergen, Verpflegungsstationen und Arbeitsnachweissstellen, infolge des geschäftlichen Niederganges der letzten Jahre und der daraus hervorgehenden Arbeitslosigkeit zum Theil in schwieriger Lage. Bei den Verpflegungsstationen in Preußen insbesondere hat diese schlechte Lage theilweise den Charakter einer Krise angenommen. Die Geldmittel, welche den Verpflegungsstationen zur Verfügung standen, genügen nicht mehr für die an letztere gestellten Anforderungen und so gingen sie zum Theil ein. Mit ihrem Wegfall aber ging Hand in Hand das Anwachsen der Wanderbettetelet.

Dieser Notstand der Verpflegungsstationen hat den Gedanken an erweiterte Staatshilfe wachgerufen. Ein Eingreifen des Staates erschien an und für sich schon förderlich im Hinblick auf die ein-

heitliche Ordnung des Verpflegungswesens und auf die den Wanderern gegenüber oftmals angebracht erscheinenden Zwangsmaßregeln. In der Hauptfläche aber handelte es sich um die Bevölkung der nötigen Geldmittel. Als diejenigen staatlichen Corporationen, die zu ihrer Aufbringung geeignet erscheinen, kamen die Landarmenverbände und die Kreis- oder Präfekturverbände, also die Armen- oder die Polizeiverwaltung in Betracht. Im Hinblick darauf, daß die Armenverwaltungen — ganz abgesehen von der niederdrückenden Wirkung von Armenpflegegesetzen — zu den Wandersleuten viel weniger natürliche Beziehungen als die Gewerbetreibenden, die Innungen, die Vereine, welche Herbergen unterhalten und die Polizeiverwaltungen, insbesondere die Fremden- und Sicherheitspolizei, haben, hat man die polizeilichen Verwaltungsorgane als die geeigneten Träger einer einheitlichen Regelung des Verpflegungswesens und der Spender der dazu notwendigen Mittel erachtet, indem man sich die freiwillige gemeinnützige Tätigkeit neben und bezw. unter der Staatsthätigkeit wirkend dachte.

In den im vorstehenden angedeuteten Richtungen haben sich nun die Verhandlungen auf den Versammlungen bewegt, welche der Centralvorstand deutscher Arbeiterkolonien und der Gesamtverband der deutschen Verpflegungsstationen vor längerer Zeit in Berlin abgehalten haben. In der Generalversammlung des Centralvorstandes deutscher Arbeiterkolonien, deren finanzielle Lage nicht so schwierig wie diejenige der Verpflegungsstationen ist, zeigte man sich einem staatlichen Eingreifen nicht so geneigt. Ein Antrag auf Staatshilfe wurde nicht angenommen, und es wurden folgende Beschlüsse gefaßt: 1. Es sind eine größere Anzahl Verpflegungsstationen für längere Beschäftigung Arbeitsloser einzurichten. 2. Zwangswise Zuführung von Wanderern in die Kolonien ist in jeder Form abzuweisen. 3. Eine Besserung der Verhältnisse ist nur durch Erweiterung des Werkes der Heimathäuser und durch den Anschluß der Verpflegungsstationen an die Organisation des zu begründenden zentralisierten Arbeitsnachweises zu erwarten.

Anderer die Versammlung des Gesamtverbandes deutscher Verpflegungsstationen. Dieselbe stellte sich ohne wesentlichen Widerspruch auf den Standpunkt, daß Bestand und Fortentwicklung der Verpflegungsstationen ernstlich gefährdet sei, wenn es nicht gelänge, die Errichtung und die Erhaltung und den Betrieb der selben gesetzlich zu sichern, und gab diesem Standpunkt durch folgende Theile Ausdruck: 1. Die Gewährung ausreichender Fürsorge für mittellose Wanderer ist eine Aufgabe der öffentlichen Verwaltung. 2. Die Sicherstellung dieser Fürsorge ist vorbehaltlich etwaigen Eintretens der Reichsgesetzgebung im Wege der Regelung durch die Landesgesetzgebung zu erzielen. Insbesondere unterliegen diese Regelung und die Verpflichtung zur Fürsorge der Zuständigkeit der Verwaltungsbüros. 3. Als leitend sind dabei folgende Grundsätze zu betrachten: a) Träger der Fürsorge sind die mittleren und großen Kommunalverbände, bzw. da, wo solche nicht bestehen, der Staat. Das Verhältnis der Belastung zu den Kosten ist im Gesetz zu bestimmen. b) Die Feststellung des Stationsnetzes und der Wanderordnung darf nur durch Anordnung und mit Genehmigung der Staatsbehörde geschehen.

Die soziale Geschichte lehrt uns, daß die Gemeinnützigkeit in vielen Fällen nur die Vorarbeit für die staatlich organisierte Thätigkeit der Gesellschaft verrichtet, daß sie das Feld bestellt, auf dem der Staat dann die Ernte hält. Erziehungswesen, Armenwesen, Krankenpflege bieten Beispiele. Sollte auch die Fürsorge für die mittellosen Wanderer zur Verstaatlichung geeignet und geeigneter Falles schon reif dazu sein, aus den Händen der Gemeinnützigkeit in die gewaltigeren Arme des Staates hinüberzugehen?

Deutschland.

* Berlin, 8. März. Bei dem gemeinsamen Essen der Mitglieder des Deutschen Landwirtschaftsrathes, das gelegentlich der XXII. Plenarversammlung dieser Körperschaft stattfand und dem die Minister v. Bötticher, Dr. Miquel, sowie eine Anzahl von Vertretern deutscher Regierungen bewohnten, nahm auch, nachdem Frhr. v. Hammerstein ein Hoch auf den Kaiser und der erste stellvertretende Voritzende Frhr. v. Soden auf die anwesenden Minister und Vertreter der Regierungen einen Trinkspruch ausgebracht hatte, sodann Staatsminister v. Bötticher mit einem Trinkspruch auf den deutschen Landwirtschaftsrath erwidert hatte, Staatsminister Miquel das Wort. Dieser richtete seinen Trinkspruch auf den Voritzenden des Deutschen Landwirtschaftsrathes. Unmittelbar auf die Frage des deutscher eingehend, meint er (wie schon in Kürze gemeldet) diesem die Bedeutung nicht zumessen zu können, welche die Landwirthe ihm zuschreiben, nachdem einmal die Handelsverträge mit Österreich, Italien u. s. w. vorangegangen seien. Seine volle Überzeugung sei, daß die deutsche Landwirtschaft in einer Notlage sich befinden, bedingt dadurch, daß bei steigenden eigenen Produktionskosten der Absatz der Produkte zu konkurrieren habe mit den Produkten billiger konkurrierender Länder. Sodann fuhr er nach einem ausführlichen Bericht der "Boss. Btg." fort:

Man habe zu Anfang dieses Jahrhunderts durch die Stein-Hardenbergische Gesetzgebung in Preußen, und ungefähr gleichzeitig in allen deutschen Staaten, den Grund und Boden von dem darauf ruhenden sogenannten Feudallasten frei gemacht, sich dann aber bis heute um diesen in der früheren umfassenden Weise nicht bekümmert. Wie sehr die Befreiung von den Feudallasten eine Wohlthat gewesen sei, so sei es doch ein Fehler, zur Gestaltung der rechtlichen Natur des Grundbesitzes nichts zu thun, ihn nach Loslösung von dem Feudalverbande sich

selbst zu überlassen. Wir müssten vielmehr von dem Zustande und der Auffassung, daß der Grundbesitz eine Ware wie jede andere sei, wieder zurückkehren zu dem alten germanischen Rechte, nach dem Grund und Boden nicht einmal individuelles Eigentum, sondern eine Art Familienegentum mit besonderen Grundsätzen der Vererbung ist. In den letzten 30 Jahren seien alle Gesetze wesentlich zu Gunsten und mit Rücksicht auf Handel und Industrie gegeben. Er lasse dahingestellt, ob das richtig gewesen sei, jedenfalls wisse er von dem Kaiser und zweifle nicht, daß die hohen Bundesfürsten ihm darin zustimmen, daß es der allerhöchste Wille sei, von welchem auch die Regierung getragen werde, daß nunmehr eine neue Periode von 30 Jahren einzutreten habe, in der die Interessen und Bedürfnisse der Landwirtschaft für die Rechtsentwicklung, Gesetzgebung und Regierung möglichst sein müssten. Dazu habe aber die Landwirtschaft selbst mitzuwirken. Sie könne das nicht in der bisherigen Verfassung ihrer Interessenvertretung. Es müssten erst feste, die Landwirtschaft in ihrer Gesamtheit umfassende Organisationen geschaffen werden. In dem korporativen Zusammenhang zu Landwirtschaftskammern sei die einzige Möglichkeit gegeben, den Landwirten maßregelnden und bestimmenden Einfluß auf die Lösung der vorerwähnten wirtschaftlichen und rechtlichen Aufgaben zu verschaffen. Die preußische Regierung gehe nach dieser Richtung jetzt vor. Es sei die höchste Zeit, daß auch die Landwirtschaft begreife, daß auf diesem Wege die Mittel zu ihrer Rettung gelegen seien, er hoffe und wünsche, daß es gelingen werde, die deutsche Landwirtschaft aus der schweren Zeit der Gegenwart einer besseren Zukunft entgegenzuführen.

Das Kultusministerium hat nach der „Kreuztg.“ an die ihm unterstellten Konstitionen der neuen Provinzen ein Rundschreiben gerichtet, worin um gutachtlische Ausführungen über die dem Landtage jetzt vorliegende Novelle zum Kirchen-Verfassungs-Gesetz für die älteren Provinzen ersucht wird. Wird der Antrag vom Landtag angenommen, so würde, falls die Gutachten der Konstitionen zustimmend lauten, ein gleiches Gesetz, betr. die Beziehungen der Staatsgesetzgebung zu den kirchlichen Gemeinde- und Synodal-Ordnungen, auch für die neuen Provinzen vorbereitet werden.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt:

Dem Reichsschahamt sind mittels anonyme Buschrift de dato Berlin, 8. Februar 1894 für die Reichskasse 140 M. zugesandt worden, welche laut Angabe des Einsenders aus zu Unrecht erhobenem Stallservice und Rationsgeld, sowie aus hinterzogenen Soldgefällen heranführen. Der Einsender hat sich zu diesem Schritte vermutlich durch sein Gewissen gedrängt gefühlt. Der Betrag wird der geschädigten Reichskasse wieder zugeschrieben werden.

Über die Preisleistungen des Vorstandes des Bundes der Landwirthe schreibt die konservativen und im Allgemeinen agrarische, wenn auch den Vertrag mit Russland befürwortende „Leipziger Ztg.“:

Wir sind leider verurtheilt, die „Korresp. des Bundes der Landwirthe“ regelmäßig lesen zu müssen. Aber solche Unkenntlichkeit des wirtschaftlichen ABC, so viel Mangel an Sachlichkeit haben wir sonst nirgends angetroffen. Es fällt daher schwer, zu glauben, daß es eine nennbare Anzahl sächsischer Landwirthe giebt, die sich mit den Geistesprodukten dieses Organs identifizieren.

* Hamburg, 7. März. Zur Reise der kaiserlichen Familie nach Abbazia erfährt der „Hamb. Korresp.“ aus direkter Quelle, daß dieselbe entgegen anderen Meldungen nur durch die Erholungsbedürftigkeit der Kaiserin veranlaßt ist. Die Kaiserin habe sich einen bronchischen Husten zugezogen, der nach ärztlicher Ansicht bei einem Aufenthalt im Süden bald welchen werde.

* Oldenburg, 7. März. Die Oldenburger Staatsregierung fordert vom Landtage die Ermächtigung, durch Ausgabe von Konsois eine Auliste von rund annähernd 10 Mill. Mark aufzunehmen. Der Finanzausschuss des Landtags beantragt, die Forderung zu genehmigen.

Großbritannien und Irland.

* Einen der interessantesten Punkte in der gegenwärtigen Konstellation der englischen Parteien wird

die Gestaltung der Beziehungen Lord Roseberys zu den liberalen Unionisten bilden. Die Erklärung des Herzogs von Devonshire hat bei Freund und Feind eine fast sensationell zu nennende Wirkung hervergebracht, sofern man in ihr den Vorläufer einer allmäßlichen Wiederannäherung der liberalen Unionisten an den Gesamtliberalismus erkennen will. Bekanntlich war s. B. die Trennung der geoachten Elemente und ihr Übergang in das konservative Lager erfolgt, weil sie einer Politik ihre Heeresfolge versagen zu müssen glaubten, welche im Zeichen des irischen Homerule ihrer Überzeugung nach den Auflösungsprozeß des britischen Reichsorganismus einleitete. Wenn nun in der Persönlichkeit Lord Roseberys ein Premier die Zügel der Regierung ergreift, der selber als von der Homerulebewegung nur sehr mäßig erbaut gilt, so gehört kein großes Divinationsvermögen dazu, sich die Rückkehr der liberalen Unionisten zur alten Fahne als wahrscheinlich, ja als gewiß vorzustellen, obwohl es für den Augenblick an positiven diesbezüglichen Anhaltspunkten gänzlich fehlt. Weder Lord Rosebery, noch die liberalen Unionisten dürften vor der Hand Neigung zu vorschnellen Handlungen verspüren, zu denen keinerlei zwingender Anlaß drängt. Es kann also ganz ruhig dahin gestellt bleiben, ob ein Massenrückzug liberal-unionistischer Wähler in das Lager des Gesamtliberalismus erfolgen wird oder nicht. So lange nicht über die Stellungnahme des neuen Kabinetts zu der Homerulefrage entschieden ist, dürfte jedenfalls alles beim Alten bleiben.

* In einer Charakterbeschreibung, welche „Daily Chronicle“ Lord Rosebery, dem „neuen König hinter dem Throne“, widmet, findet sich das Folgende:

Die Karikaturenzeichner werden in einer Beziehung einen willkommenen Gegenstand an Lord Rosebery haben: er ändert niemals seine Kleidung. Seine Halskragen sind so unveränderlich, wie die Gladstones. Seine schwarze Halsbinde hat immer denselben Knoten, und sein schwarzer kurzer Rock ist nicht von den Schwankungen der Mode abhängig. Wenn er ganz allein ist, beginntigt Lord Rosebery mehr einen Schlafrock und Morgenšaube als die Meisten. Tritt er aber öffentlich auf, wird kein Kritiker etwas an seiner Kleidung auszusehen haben. Diejenigen, die ihn oberflächlich kennen, betrachten ihn als einen harten Menschen ohne Gefühle. Unter der Oberfläche aber steht ein warmes Herz. — Lord Rosebery kennt seinen Horaz auswendig und es existiert wenigstens ein unveröffentlichtes Gedicht von ihm. Besonders gern liest er die neueste französische Literatur, wenn er die Lasten des Tages abschüttelt. Schlaf, der süße Schlaf, ist Lord Rosebery manchmal sehr schwer gefallen. Zu Zeiten leidet er auch an Schweißigkeit. Die Arzte wissen keinen Grund dafür. Ist es möglich, so bringt Lord Rosebery die Nacht nicht in London zu. Wenn er den Schlaf nicht finden kann, so ist er manche, manche Nacht in den Straßen und auf den Plätzen spazieren gegangen. Häufig fährt er in nächtlicher Stunde der Küste zu, und die frische Landluft beruhigt die erregten Nerven. — Feder, der mit Lord Rosebery zusammenkommt, bringt einen günstigen Eindruck heim. Niemand kann die auswärtigen Angelegenheiten genauer studiren, als er. Aber man muß ihm etwas Thaträthliches mitzutheilen haben... Einige Leute nennen Lord Rosebery einen Großsprecher. Aber das sehr mit Unrecht. Wäre er es, so wäre England wahrscheinlich vor acht Monaten in einen Krieg mit Frankreich verwickelt gewesen. Lord Rosebery glaubt, daß Radikalismus und Reichspolitik nicht unvereinbar sind."

Türkei.

* Wie man aus Konstantinopel meldet, wird in den dortigen diplomatischen Kreisen der Besuch des Kommandanten des russischen Mittelmeer-Geschwaders, Admiral Avellan, von welchem Ende des vorigen Jahres so viel die Rede war, der aber damals, angeblich wegen der in der türkischen Hauptstadt herrschenden Cholera, unterblieb, nunmehr doch erwartet. Nach den Osterfeiertagen oder möglicherweise auch während derselben wird, wie verlautet, Admiral Avellan mit einer größeren Anzahl Offiziere auf einem seiner Schiffe nach Konstantinopel kommen. Bis dahin erwartet man auch

die Rückkehr des russischen Botschafters Melidow von seinem Urlaube. Gegenwärtig besucht die russische Mittelmeergeschadre die zwischen Jaffa und Smyrna gelegenen kleinasiatischen Häfen.

Polnisches.

Posen, den 8. März.

d. Das hiesige Kosciuszko-Komitee hielt gestern unter zahlreicher Beteiligung unter Vorsitz des Dr. Drobnik seine zweite Plenarsitzung ab. In derselben referierte Herr Stan. Ossiecki im Namen der Kirchen-Sektion; es wurde danach beschlossen, einen Trauer-Gottesdienst am 5. April und einen Erinnerungs-Gottesdienst, falls die geistliche Bevölkerung damit einverstanden ist, am 31. März abzuhalten. Nachdem alsdann die Herren Dobrowolski und Rabski über die Angelegenheit der Vorträge und der Abendunterhaltungen berichtet hatten, beschloß das Komitee, am Tage der Festfeier (31. d. Ms.) in vier verschiedenen Sälen der Stadt Vorträge, Gesang und Declamationen zu veranstalten, und zwar im Bazaar, im Kempfchen und im Dzialinsischen Saale, sowie im Saale des Hotel de Berlin oder des Victoria-Hotels; die Vorträge werden gehalten von den Herren: Dr. Grzecki, Dr. Karchowski, L. Karolowski-Gromkow und M. Wolniewicz. Ueber die Geldangelegenheiten berichteten alsdann die Herren M. Dikier und K. Zepicki; danach werden die Geldbeiträge in den vier katholischen Parochien der Stadt Posen gesammelt; auch wurde empfohlen, zu diesem Behufe einen Aufruf zu erlassen. — Uebrigens scheint in dem Kosciuszko-Komitee, wohl wegen der Uneinigkeit zwischen Hof- und Volkspartei viel Zwiespalt zu herrschen; wie der „Kuryer Poznań“ mittheilt, sind neuerdings wieder zwei angesehene Mitglieder aus dem Komitee ausgeschieden und haben sich auch nicht bewegen lassen, ihren Austritt zurückzunehmen. — In Jarotschin findet am 11. d. Ms. eine Besprechung über die dortige Kosciuszkofeier statt. In Gnesen hat sich, wie der „Goniec Wieli“ mittheilt, bis jetzt noch kein Kosciuszko-Komitee gebildet.

d. An dem Abschiedssigner, welches gestern zu Ehren des langjährigen Vorstehenden der hiesigen Handelskammer Stadtrath Annunzio stattfand, nahmen von Polen Dr. Lebinski und Herr Bol. Leitgeber Theil.

d. Dem hiesigen Sanitätsrath Dr. Wicherkiewicz, ist von der preußischen Regierung der Titel eines Professors verliehen worden. „Dziennik“ und „Kuryer Poznań“ sind sehr erfreut darüber, daß diese Anerkennung einem Landsmann zu Theil geworden ist.

d. Der hiesige polnische Antisemit, Herr Knapowski, welchen der „Kuryer Poznań“ als „Hauptstütze der polnischen Volkspartei“ bezeichnet, hält, wie das genannte Blatt mittheilt, heute Abend im Gollanschen Saale zu Sieratz einen Vortrag über die jüdische Frage. Im „Postępy“ erklärt Herr Knapowski: Die hiesigen Israeliten setzen alle Kraft daran, diese Versammlung nicht zu Stande kommen zu lassen.

d. Die Wahl des Provinzial-Landtags-Abgeordneten für die Kreise Gniezno-Witkowo, und deren zweiten Stellvertreter, welche vor einigen Wochen stattgefunden, war vom Herrn Oberpräsidenten für ungültig erklärt und eine Erneuerung auf den 6. d. M. anberaumt worden. Zu dieser Wahl waren 48 größere Grundbesitzer erschienen, davon 24 Deutsche, 24 Polen. Bei dieser Stimmengleichheit hatte der älteste der Wahlberechtigten, ein Pole, zu entscheiden; in Folge dessen wurde Dr. v. Chelmicki zum Abgeordneten, Herr v. Malczewski zum zweiten Stellvertreter gewählt.

d. Eine polnische Wählerversammlung fand vorigen Sonntag Nachmittags im Saale des Louisa-Städtischen Konzerthauses in Berlin statt. Es wurde von der selben eine aus 7 Personen bestehende Kommission gewählt, welche sich durch Kooperation verstärken kann, und die in Berlin wohnhaften Polen derart organisiert soll, so daß sie bei künftigen Wahlen entscheiden kann, ob dieselben sich an den Abstimmungen beteiligen oder nicht, event. mit welcher Partei sie sich verbinden sollen.

Pariser Feuilleton.

(Nachdruck verboten.)

Paris, 2. März.

M. Gardeme, der Tag, für den das Quartier Latin, in dem das fröhliche Volk der Pariser Studenten haust und herrscht, und all die Seine-Wäschhäuser wochenlang fieberten ihre Vorbereitungen getroffen haben, ist nun auch vorüber. Ich glaube, alle drei befestigten Faktoren — Studenten, Wäschefrauen und Publikum — sind zufrieden und an dieser angenehmen Stimmung nimmt zweifellos auch Herr Lépine, unser Polizeipräfekt teil, da der ungeheure Trubel ohne erstaunliche Störung abgelaufen ist. Das Pariser Publikum hat etwas von der Hormlosigkeit eines Kindes an sich. Wer behaupten wollte, daß die Bevölkerung durch die letzten Dynastie-Attentate in Angst und Schrecken versetzt ist, würde sich einer Unwahrheit schuldig machen; wie an Alles, gewöhnt man sich schließlich auch an Bomben.

Karnevalstisch ging es allerdings schon einige Tage vor Mi-Carême hier zu: große Ereignisse werfen bekanntlich ihre Schatten voraus. — Die erste Karnevalsposse wurde Seitens des Publikums vor einigen Tagen in der Komischen Oper aufgeführt. Herr Carvalho, der Leiter genannten Instituts, hat Fräulein Jane Harding als Sängerin engagiert; die Dame debütierte in Saint-Saëns Oper „Phryne“. Die erforderliche Schönheit für die Verkörperung der griechischen Statue scheint Fr. Harding, die trotz ihres fremdländischen Namens aus dem Süden Frankreichs stammt, in vollem Maße zu besitzen; ja, einige Damen aus der vornehmen Gesellschaft werfen ihr sogar vor, sie hätte früher, als sie sich noch nicht zur Oper vorbereitete, zu viele Reize für die Einsangung der Gatten belagerte Damen entfaltet. Daher nun grimmige Rache der in ihren befestigten Gefüßen versteckten Hüterinnen des Pariser Eheherdes. Eigentümlich nur und wenig der Würde der zweiten National-Oper entsprechend äußerte sich der Haß der Gegnerinnen der verführerischen Debütantin. Aus den Logen wachsen schöne Frauenhände ganze Gemüsegärten, die aber nicht die Gemüse des Altbusses zeigten, der glücklicheren Nebenbuhlerin vor die Füße; die Widmungen versiegeln sich selbst bis ins Thierreich, denn lebhaftig Kaninchen, die die Damen in ihren Körseis mitgebracht haben sollen, fliegen auf die Bühne. Diese handgreiflichen Demonstrationen wurden von lieblichen Peisen und Getränken begleitet. Das war die große Pariser Frauenrache — fin de siècle. — Ich weiß nicht, ob ein Pariser Chronleur, der glaubt, daß, wenn die Dorstellerin auf ihre Tugend hin geprüft werden würden, dann die meisten hiesigen Theater die Vorstellungen einstellen müssten, Recht hat, jedenfalls aber ist er zur Beurtheilung dieser Frage kompetenter....

Und der zweite Karnevalstreich, der sich Mittwoch, am Vorabend von Mi-Carême abspielte, hatte ein gar ernstes Gebäude zum Schauplatz: die Académie für Literatur und Wissenschaften, die neue Sorbonne. Herr Ferdinand Brunetière, der ganz kürzlich in den Schoß der 40 Unsterblichen, wie bekanntlich die Mitglieder des Instituts von Frankreich genannt werden, aufgenommen wurde, hält jeden Mittwoch um 2½ Uhr in dem prachtvollen Amphitheater der neuen Sorbonne, das etwa 3—4000 Personen fasst, eine öffentliche Vorlesung über Bossuet, seinen Viehlingsschriftsteller, seinen Gott.

Ein seltsam gemischtes Publikum drängt sich jedes Mal eine Stunde vor Beginn der Vorlesung, um ein Plätzchen zu erblicken; neben der Dame aus den höchsten Gesellschaftskreisen, manchmal einer Herzogin oder Gräfin, sitzt ein Arbeiter, der vielleicht arbeitslos ist, in schlichtem oder schlechtem Werktagsanzuge; neben dem vom Alter gebeugten weiblichen oder kahlköpfigen Rentner steht eine Dame, die eine hervorragende Stellung bei den Kennen, in den großen Vergnügungslokalen, in der Halbwelt einnimmt. Die Studirenden männlichen und weiblichen Geschlechts sind in verhindernder Minderzahl. Es gehört zum Chic, am Mittwoch zu Brunetière zu gehen. In der jungen Welt genießt Herr Brunetière, der Kritiker der „Revue des deux Mondes“, keine große Sympathie, die er durch seine Antrittsrede im Institut, in der er dem heutigen Journalismus arge Zukritik vertheilt und zum so und so vierten Male wieder das Lob seiner Göttin Bossuet, Corneille, Racine sang, auf den Gipfelpunkt brachte. Mittwoch nun waren die Studenten früher auf dem Platz, als das Stammpublikum der Vorlesungen. 3000 Studenten vertieben sich die Vorleszeit damit, daß sie Lieder des Quartier Latin sangen und sich für den nächsten Tag schon im Werken der Confetti und im Schlingen der Serpentins übten. Dazwischen erlöste ihn und wieder in tönnigem Gehöre die Rufe: „Verhöhnt Brunetière!“ und: „Boas wollen wir haben!“

Denn Emile Zola, der unverwüstliche Kandidat des Instituts von Frankreich war wieder einmal bei der Wahl ausgefallen. Buntlich erscheint der Vortragende; als er den Mund öffnen will, empfängt ihn tosender Lärm. Er zieht sich zurück und die Umstehenden hören, daß er sagt: „Ich wußte nicht, daß heute schon Mi-Carême sei.“ Und nun klettert die Gesellschaft über die Bänke hinweg, stürzt sich auf das Rednerpult und zerstört es, symbolisch der Eblitterung gegen den, der sonst auf ihm spricht, Ankdruck gebend. Kein Rektor, kein Sekretär wird gehört; die Tumultuanten werden nur um den einen Liebesdienst gedreht: das Lokal zu verlassen.

Gestern nun, an Mittwoch, gab es keine Demonstration mit

der Spitze gegen irgend wen; gestern gab es nur eine Demonstration für muntere Jugend-Freude. — Ein prächtiger Frühlingstag, überall Bellschensträuße, überall Confetti und Serpentins. Hunderttausende auf den Straßen, Alle nur von dem einen Wunsch beseelt, den Zug zu sehen. Und der kommt denn auch endlich: Auf großen, geschmackvoll deforierten und mit Musketanten besetzten Wagen alle die Personen, die sonst mit der Säuberung unserer Wässche beschäftigt sind; die meisten von ihnen in Kostümen, als Marktenderin u. s. w. Das Lavoir des Fleurs trägt mit Recht seinen Namen: Räder, Wagengestell verschwinden unter einer Blumendekoration; über den Infassen wölbt sich eine Kuppel aus bunten Rosen. Dort wieder beherbergt ein Schiff unter der Führung eines natürlich russischen Admirals junge, ältere und ganz alte Wässcherinnen. Die Pariser Gamins sind nicht mundfaul und werfen manch' derbes Wort als Geleit auf die Wagen. Jetzt kommt die Studentencavalcade. Man hat wirklich keine Rosenjungfer finden können; so ist denn ein schmackiger Student zur Rosenjungfer des 21. Arrondissements, es steht nämlich nur 20 Arrondissements in Paris, ernannt worden. Zum Schutz sind ihr „Tugendwächter“ beigegeben. Studenten, die in der Uniform der Municipalgarde auf Pferden aus Karneval reiten und in ihrer ehrenwerten Wichtigkeit den lustigsten Eindruck hervorrufen. — Die Tagesströmung ist vertreten durch einen Omnibus: Pariser-Abomey, Verbindung mit allen Kolonial-Ländern; schreckliche Wilde, die ohrenzerreibende Instrumente spielen, hausen in diesem Omnibus. Natürlich konnte auch bei der jetzt herrschenden Neigung zum Napoleon-Kultus ein finster blickender Napoleon I. zu Werde nicht fehlen. Dann aber kommt Prinz Carneval, von seinen sämtlichen Ministrern umgeben, und auf dem folgenden Wagen, unter einer prachtvollen Krone aus Golzweigen, in weißem Seidenkleide, die Königin der Königinnen, deren wohlgetroffene Photographie von steigenden Händlern feilgeboten wird. Eine Festteilung „Quartier Latin“, an der die namhaftesten Schriftsteller mitgearbeitet haben, wird zum Besten der Armen verkauft. — Um Mitternacht wohnt der Studenten-Ausschuss, der allerdings schon etwas mitgenommen ist, dem letzten Maskenball in der Oper bei, während immer noch gewaltige Menschenmengen in rosiger Festlaune die Straßen durchziehen. Wo nur ein freies Bläßchen ist, stellen sich maskierte Musketanten auf und sowie die Klänge von Taratabum die erklingen, finden sich fröhliche Paare, die ein Tänzchen wagen.

Mi-Carême ist für Alle — Händler und Festende — glänzend gelungen; sie sind Alle einer Meinung: Fortsetzung im nächsten Jahr!

Albertus.

Stadttheater.

Posen, 8. März.

"Boccaccio", Operette von Supps.

Wenn ein Charakterkomiker in erster Linie den Beruf hat, sein Publikum angenehm zu unterhalten und zu belustigen, so hat Herr Voigt seinen Beruf richtig erfaßt, wenn er gestern für seinen Benefizabend die seit vielen Jahren hier nicht gegebene Operette von Supps "Boccaccio" bestimmt hatte, denn Belustigung und Unterhaltung bietet dieselbe genug dar mit ihrem Libretto, das aus mehreren pikanten Novellen aus dem Dekameron des berühmten Erzählers zusammengesetzt ist, mit denen die Person des Boccaccio mit mehreren lustigen Studenten und mit dem Prinzen von Palermo recht wirkungsvoll verknüpft worden ist. Es ist ein lustiges Spiel, welches diese lebenslustigen Gesellen mit den ehrfurchtigen Spleißbürgern und deren Frauen treiben, und wenn es so flott sich abwickelt, wie es gestern geschehen ist, dann ist das Ergebnis "allgemeine Heiterkeit" die unausbleibliche Folge davon. Ja Herr Voigt hat seine Pflicht, belustigend zu wirken, auch auf seine Kunstgenossenschaft erweitert, denn es schien die Mitwirkenden eine allgemeine Heiterkeit über die lustigen Späße, die sie zu vollführen hatten, ergriffen zu haben, und selbst die Mitglieder der Oper waren von ihrem Rothurn herabgestiegen und machten mit sichtbarem Behagen lustig und fröhlich mit. So können wir ohne Reserve berichten, daß Herrn Voigt, der in erster Linie seinem humoristischen Talent die Zügel frei ließ, seine Kollegen mit glücklichem Eifer zur Seite standen und es an Heiterkeit nicht fehlen ließen. An der Spitze der Studenten stand Fräulein Dillthey als Boccaccio mit Herrn Wild, denen sich mit lästlichem Humor Herr Böttcher als Prinz angereiht hatte. Die bürgerlichen Chepaare wurden durch Herrn Brendel und Frau Matthias-Sauer (Fasbinder), durch Herrn Stahberg und Frau Voigt (Barbier) und Herrn Voigt selbst und Frau Bernhardt (Gewürzkrämer) ebenso vorzüglich dargestellt, und als Vertreter einer etwas aus dem Rahmen sich abhebenden Lyrik war Fräulein Schulz eine anmutige Flametta. Da auch Supps's Musik mit ihrem pridgenden Melodienreichtum ihr möglichstes thut, die Erinnerung an lang entwöhnte Klänge wieder lebendig und frisch zu machen, und von ihrem ursprünglichen Reiz für die große Masse des Publikums, das in dichten Scharen dem Herrn Benefizianten zu Ehren gestern hinzugeströmt war mit Kränzen- und Blumenspenden, nichts eingebüßt hatte, so konnten alle, Publikum sowohl wie Bühnenkünstler, recht befriedigt ihren Heimweg antreten.

WB.

Lokales.

Posen, 8. März.

* In der heutigen Stadtverordnetensitzung wurden die Stats der 6 Stadtschulen, des Turnwesens, des Feuerlöschwesens, der Verwaltung der öffentlichen Straßen u. des Verschönerungswesens und der Verwaltung der Kanäle durchberathen und nach den Vorschlägen der Kommission mit unwesentlichen Änderungen angenommen. Es folgte noch eine geheime Sitzung.

* **Stadttheater.** Das patriotische Schauspiel von Ernst Wichert: "Aus eigenem Recht" wird am Freitag zum letzten Male in dieser Spielzeit in Scene gehen. Richard Wagner's "Siegfried" wird am Sonnabend seine 5. und letzte Aufführung in dieser Saison erleben. Da mit Palmarum die diesjährige Opernsaison beendet ist, so können nur noch wenige Opernaufführungen stattfinden.

* **Hennigischer Gesangverein.** Das Jubiläums-Konzert des Hennigischen Gesangvereins, welches die Joh. Geb. Bachsche "Matthäus-Passion" bringt, findet bestimmt am Dienstag, den 20. d. Mts., statt. Wie schon erwähnt, treten in diesem großartigen Werke zwei vollständig getrennte Chöre mit zwei getrennten Orchestern auf, welche neben den mitwirkenden Streichinstrumenten mit je 2 Oboen, 2 Flöten u. s. w. besetzt sind. Die Einführung des ganzen Werkes ist außerst sorgfältig vorbereitet, indem eine große Anzahl von Einzelproben abgehalten wurden; auch sind in mehreren anderen Proben wiederum kleine zusammengehörige Gruppen von Instrumenten vereinigt worden, so daß nunmehr der ganze Orchesterkörper zusammengezogen werden kann. Im Laufe der nächsten Woche finden zwei Hauptproben für den gesamten Chor nebst Orchester statt. Der Knabenchor, zu welchem von vier heiligen städtischen Schulen je 30 Sänger gestellt werden, hat auch bereits eine Gesamtprobe abgehalten und wirkte in der Probe vom 7. d. M. zum ersten Male mit. Auch für diesen Chor ist seitens der betreffenden Gesanglehrer Alles sorgfältig vorbereitet worden, so daß dem Publikum eine vollkommen abgerundete Aufführung geboten werden wird.

* **Die Handelskammer** hält Montag, den 12. März, Nachmittags 4 Uhr, eine Sitzung ab. Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte: 1. Mitteilungen. 2. Der Voranschlag für das Jahr 1894/95. 3. Anfrage des heiligen Amtgerichts, welche Kaufleute als Volkssleute anzusehen sind. 4. Die Ortsgebräuche bei der Schiffsfahrt zu Posen. 5. Die Strafbefreiung des Wechselstempelgesetzes vom 10. Juni 1869 (§ 15 Abs. 1). 6. Beitrag zum Provinzialberet für Hebung der Fluss- und Kanalschiffahrt in der Provinz Posen. 7. Überwittige Beschaffung von Börsenräumen. 8. Anfrage der Eisenbahndirektion Bromberg wegen der Ausstellung von Frachtbriefdokumenten im internationalen Eisenbahnverkehr. 9. Gutachten. 10. Bericht der Kommission über die Aufhebung des Identitätsnachweises und der Staffelltarife.

p. **Von der Warthe.** Das Wasser hat heute gegen Abend hier bereits einen Stand von 2,50 Meter erreicht. Der Verdichower Damm ist zum größten Theil überflutet, sodaß heute Abend selbst Fuhrwerke denselben nicht mehr passieren konnten. Nach dem aus dem oberen Stromgebiet vorliegenden Nachrichten ist noch ein weiteres Steigen des Wassers zu erwarten.

p. **Lebhafte Klagen** werden zur Zeit über die schlechte Beschaffenheit des Platzes in der Alten Gerberstraße laut. Namenslich in der Nähe der Schule haben sich geradezu kleinere Seen bei dem regnerischen Wetter gebildet, die kaum zu umgeben sind. Angefischt der damit für die Passanten besonders die Schulkländer verbundenen Unannehmlichkeiten dürfte die Plasterung bezw. die Aufschüttung der Strecke mit Kies unaufschlebar geworden sein.

(Fortsetzung des Lokalen in der Beilage.)

Telephonische Nachrichten

Eigener Fernsprechdienst der "Pos. Sta."

Berlin, 8. März. Abends.

Abgeordnetenhaus.

Fortsetzung der Berathung des Kultusministers. Beim Kop. "Universitäten", beim Titel "Breslau" bemängelte Abg. Dr. Graf (natl.) die Einrichtung der klinischen und sonstigen medizinischen Anstalten in Breslau. Geheimer Rath Althoff hält die Beschwerden für begründet, indessen hängt die Erfüllung der Wünsche von der allgemeinen Finanzlage ab.

Beim Titel "Bonn" nahm Graf Hoensbroech (Centr.) das Wort. Er führte Klage über die Neuordnung des Rektors Tamphausen in Bonn gegenüber den katholischen Studentenverbänden: "Sie, meine Herren, gefährden schon durch Ihre Existenz den konfessionellen Frieden." Aus politischer Feindseligkeit, sage man, hätten sich die betreffenden Verbündungen geweigert, einem Kaiserkommissar beizuhören, bei dem ein Hoch auf Bismarck ausgebracht worden sei. Dieses Gerücht sei durchaus erlogen. Die katholischen Verbündungen erblickten vor Allem ihre Aufgabe darin, die jungen Studenten vor dem Unglauben zu bewahren. Die Existenzberechtigung dieser Verbündungen steige gerade in dem Nebel unserer Zeit, dem fortbreitenden Unglauben. Wenn man eine Verbindung mit so ausgeschworenen protestantischen Charakter, wie dem "Wingolf" gestatte, müsse man auch die Existenzberechtigung der katholischen Verbündungen anerkennen.

Abg. Olzem (nl.) erwidert:

Er stimme dem Rektor vollkommen bei. Er lege die betreffenden Worte so aus, daß sie gegen die konfessionellen Verbündungen überhaupt, also nicht nur gegen die katholischen, sondern auch gegen die evangelischen gerichtet gewesen seien. Das Centrum allerdings trete für die katholischen Verbündungen ein und er werde sich nicht wundern, wenn Dr. Bachem eines Tages im Reichstag den Antrag stellt, katholische Regimenter zu errichten. Was sei das für eine Haltung, sich bei einem Kommerz für Bismarck auszuschließen!

Abg. Porisch (Centr.) sagt, Topte auf Bismarck und nationale Feiern, wie z. B. das Sedanfest, seien besonders im Westen Jahrzehntlang zur Verherrlichung der Konfessionen missbraucht worden. Die katholischen Verbündungen seien wohl berechtigt. Die Worte des Rektors seien eine Beleidigung des gesamten katholischen Volkes. — Abgeordneter Bopelius (freil.) hält die ganze Frage nicht für so schwerwiegend, um sie ausführlicher zu erörtern. Rein konfessionelle Verbündungen sollten überhaupt nicht geduldet werden. — Abg. Nadbyl (Ctr.) meinte, daß die Angehörigen der katholischen Verbündungen die fleißigsten Studenten seien. (Unruhe rechts.) Er habe im Kolleg immer verzweifelt wenig Körpermüthen gesehen, dagegen Burschenschaften und Studenten aus den katholischen Verbündungen desto mehr. — Abg. v. Geyern (natl.), dessen Ausführungen später der Kultusminister bestätigte, stellte die betr. Neuordnung des Rektors dahin richtig, daß derselbe sich nur dagegen gewandt habe, daß die Mediziner und Juristen sich zur Verfolgung speziell katholischer Interessen vereinigten. Gegen rein theologische Vereine habe er nichts. — Kultusminister Dr. Bosse erklärt, die ganze Sache sei völlig friedlich verlaufen. Erst durch Hetzerien seien die katholischen Verbündungen nachträglich zu einem Protest gegen den Rektor veranlaßt worden. Nachdem noch die Abg. Friedberg, Porsch, Hoensbroech, Dauzenberg, Eckels und Brandenburg gesprochen, wurde der Titel bewilligt und das Kapitel Universitäten erledigt.

Herrenhaus.

Heute fand eine kurze Sitzung statt, in der u. a. der Gesetzentwurf betr. das Verbot des Handels mit Anteilschein in von Loosens von Privatlotterien unverändert angenommen wurde.

Freitag Kleine Vorlagen.

Reichstag.

Die Berathung des "Marinekates" wird beim Titel "Staatssekretär" fortgesetzt.

Abg. Dr. Lieber (Ctr.) referirt über die Kommissionsverhandlungen in Sachen des Unglücks auf dem Panzerschiff "Brandenburg."

Hierauf nimmt Abg. Singer (Soz.) das Wort: Er will der schwedenden gerichtlichen Untersuchung nicht vorreihen, indessen habe der Staatssekretär bereits in der Kommission sein persönliches Urtheil über die Ursache des Unglücks ausgesprochen und somit sei auch der Reichstag nicht verhindert, sich mit der Sache zu beschäftigen. Nicht mit Unrecht habe man gerügt, daß die Kontrolle ungenügend sei und daß der Bau der Panzerschiffe überhastet werde. Von konservativer Seite sei gefragt worden, man solle lieber das Aufsichtspersonal anstatt der Schiffe vermehren. Wenn bei dem "Vulkan" ein solches Versehen vorgekommen sei, könne man doch nicht von einem unvorhergesehenen Unglück sprechen. Ein Theil der Schuld treffe sowohl die Marineverwaltung, wie den "Vulkan."

Abg. Maßlow (konf.) und v. Kardorff (Reichsp.) betonen, man müsse das Resultat der Untersuchung abwarten. Staatssekretär Hollmann wiederholt seine Erklärungen in der Kommission. Ein abschließendes Urtheil lasse sich noch nicht fällen. Eräge der "Vulkan" allein die Schuld, so werde man ihn zur Verantwortung ziehen. Früher sei die Militärverwaltung mit dem "Vulkan" sehr zufrieden gewesen. — Dr. Müller-Sagan (frei. Volksp.) ist damit einverstanden, daß ein abschließendes Urtheil sich noch nicht fällen lasse. Sehr beunruhigend habe der Artikel im "Reichsanzeiger" gewirkt, wonach es beinahe erscheine, als ob vom Personal die Tüchtigkeit der Maschinen nicht genügend erprobt werde. Der Titel wird bewilligt. Bei der Forderung der Indienststellung von Schiffen hatte die Kommission eine halbe Million gestrichen. Abg. Eugen Richter beantragte $1\frac{1}{2}$ Millionen zu streichen. Abg. Dr. Bachem (Ctr.) verteidigte demgegenüber den Beschluß der Kommission. Staatssekretär Hollmann trat für die unverkürzte Bewilligung der Regierungsforderung ein, das Haus stimmte jedoch dem Kommissionsbeschluß zu. Der Antrag Richter war somit gesunken. Das Ordinarium wurde durchweg

nach den Beschlüssen der Kommission angenommen, ebenso das Extraordinarium mit Ausnahme der die Schiffsneubauten betreffenden Titel, welche auf Antrag der Freisinnigen Volkspartei für heute von der Tagesordnung abgesetzt wurden. Freitag stehen die Fortsetzung der Etatsberathung und die zweite Lesung der Vorlage betr. die Aufhebung des Identitätsnachweises auf der Tagesordnung.

Der Bundesrat überwies in seiner heutigen Sitzung die Vorlage betreffend die zollfreie Einführung von Bleiröhren bei der Verwendung zur Ausrüstung von Seeschiffen dem 3. und 4. Ausschuß und ertheilte dem Entwurf eines Gesetzes wegen Verlängerung der Bestimmungen des Handelsprovisoriums zwischen dem deutschen Reiche und Spanien seine Zustimmung.

In der Reichstagskommision für den deutsch-russischen Handelsvertrag bemerkte vor Eintritt in die Tagesordnung der Staatssekretär von Bötticher, daß seine gestrigen Ausführungen von der Presse zum Theil unrichtig aufgefaßt seien. Er habe nicht gesagt, daß die Staffelltarife niemals eingeführt werden könnten, sondern im Gegenteil darauf hingewiesen, daß Fälle eintreten könnten, wo die Einführung der Staffelltarife gerade im Interesse des Westens notwendig werden könnte. Bei der Berathung des Tarifs wurde der konservative Antrag, einen Zollauflauf einzuführen, mit 17 gegen 10 Stimmen abgelehnt. Ferner wurde der konservative Antrag, den Zollauflauf auf Roggen und Weizen auf 5 M. festzusetzen, mit 16 gegen 10 Stimmen abgelehnt. Schließlich wurde der ganze Handelsvertrag mit 16 gegen 12 Stimmen angenommen.

In der Budgetkommision kam am Donnerstag die früher ausgesetzte Position einer ersten Rote für das Kaiser Wilhelm-Denkmal wieder zur Verhandlung. Die Berathung wurde indessen abermals abgebrochen, weil eine Übereinstimmung mit der Regierung nicht zu erzielen war und man den Fraktionen Zeit lassen will, zu der Sache Stellung zu nehmen.

Die nächste Sitzung der Silberenquete-Kommision ist auf den 12. März festgesetzt.

Die Kommission für Berathung des Landwirtschaftskammer-Gesetzes genehmigte heute in zweiter Lesung die §§ 1 bis 7 unter Ablehnung der Anträge des Abg. Taekel betr. die facultative Einführung der Kammern und Beseitigung der Einwirkung auf die Produktionsbörse.

In der Angelegenheit der Schriftstellerin Elsa von Schardt wegen Aufhebung des Verbotes ihres Stücks "Notwehr" seitens des Berliner Polizeipräsidiums hat das Oberverwaltungsgericht in der Berufungsinstanz heute die Klägerin abgewiesen und in die Kosten von 500 M. verurtheilt.

Die Wahlreformvorlage der österreichischen Regierung gipfelt in dem Vorschlag, eine neue Wählerklasse zu schaffen, welche 43 Abgeordnete entsenden soll. Diese Wählerklasse soll alle industriellen und gewerblichen Arbeiter umfassen, welche einer Krankenklasse angehören. Außerdem sollen in dieser Wählerklasse alle Steuerträger eingereicht werden, welche gegenwärtig wegen zu geringer Steuerleistung kein Wahlrecht besitzen. Die landwirtschaftlichen Arbeiter erhalten kein Wahlrecht. Die neue Wählerklasse wird nach Städten und Landgemeinden wählen. Die letzteren wählen je nach dem Beschlüsse des betreffenden Landtages entweder unmittelbar oder durch Wahlmänner.

Turin, 8. März. Rossuth hatte einen Rückfall und verbrachte eine unruhige Nacht, während welcher eine weitere Abnahme der Kräfte eintrat. Heute früh wurde eine leichte Besserung bemerkbar.

Petersburg, 8. März. Dem amtlichen Finanzblatt zufolge gestattet die Regierung, daß ausländische Gewächse, Früchte und Gemüsearten, welche für die im Herbst stattfindende Ausstellung dieser Artikel bestimmt sind, unbehindert eingeführt werden dürfen. Die Einführung von Weinböcken, sowie von Kartoffeln amerikanischer Herkunft ist nicht erlaubt.

London, 8. März. Nach einer Meldung des Bureau "Neuter" aus Hannover, in der chinesischen Provinz Chekiang, wurden die Missionen von der Bevölkerung angegriffen. Die Missionare hielten Stand, worauf sich die Meuterer zurückzogen. Es kam daher zu keinem Blutvergießen.

Bern, 8. März. Auf die eidgenössische Anleihe sind statt der ausgeschriebenen 15 Millionen 371 Millionen gezeichnet.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* Heft 2 der "Gartenlaube" enthält die Fortsetzung der "Martiniklaue", eines spannenden geschichtlichen Romans von Ludwig Ganghofer, und der "Werle", einer Erzählung, in welcher Marie Bernhard ihr Talent in der Schöpfung des gesellschaftlichen Lebens der Gegenwart aufs neue erprobt. Aus der Reihe der belebenden Artikel hebt vor herzog "Auf bulgarischem Boden", Zeitschrift aus Sizilien von Woldemar Leden, "Sechzig Jahre", ein langer Rückblick, in dem Felix Dahn seine Entwicklung schildert, "Luftballon und Flugmaschine" von W. Verdrow, "Braunschweig" von Dr. E. Sierke und eine hübsche Blauderei über "Zwei thüringer Volkslieder" von Elise Woltz. Unter dem reichen Bilderschmuck fallen als besonders gelungen auf die Illustrationen von Braunschweig und vom Einzug des Fürsten Bismarck in Berlin am 26. Januar.

* Das Februarheft der "Ethischen Kultur", Wochenschrift zur Verbreitung ethischer Bestrebungen, wird durch einen anziehenden Essay des Grafen Andreas Bernstorff über christliche Moral eröffnet, den ersten Artikel in einer Reihe von Auffäßen, welche die verschiedenen Auffassungswelten des stiftlichen Lebens darlegen werden. Nicht minder bemerkenswert ist eine feinsinnige Arbeit des berühmten dänischen Philosophen Harald Höffding: "Die Philosophie als Kunst". Der bekannte freisinnige Politiker Ernst Hartmann liefert zwei volkstümlich-ethische Essays, der Pariser Korrespondent der Zeitchrift "Wittelsbach" Leitgedanken aus dem Nachbarlande. Die Rubrik "Berühmtes" berücksichtigt besonders die Frauenfrage. Auch die Poetie ist durch zwei werthvolle Beiträge (von R. Bernstein und A. Moisseowitsch) vertreten.

Locales.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

—n. In der sechsten ordentlichen Sitzung des Posener Lehrerbvereins, am Mittwoch Nachmittag 5 Uhr, hielt Herr Rektor Schwochow einen eingehenden Vortrag über „Schulerziehen“. Ausgehend von der Thatfrage, daß das Lesebedürfnis des Volkes im letzten Wachen begriffen ist, zeigte der Herr Vortragende, wie die Jugend in ihrem Lesesieger zu der werthvollen und zum Theil geradezu schädlichen Lektüre der Ritter-, Räuber- und Indianergeschichten ihre Lustflucht nimmt, die die Phantasie erhitzen, das Gemüth verrohen und das fittliche Gefühl untergraben. Dieses Unheil der Lektüre müßt die Schule dadurch fernhalten, daß sie das Lesebedürfnis ihrer Schüler in richtiger Weise befriedigt. Der bloßen Leseflucht, dem flüchtigen Leben „spannender“ Geschichten, die nur zerstreuen und unterhalten, müßt entgegengewirkt werden durch richtige Auswahl der Werke für Schülerbibliotheken und pädagogische Leitung und Überwachung des Lesezens. Bei der Fluth von Jugendbüchern, die die Schreibmuth heute alljährlich auf den Markt wirft, sei die Auswahl des Brauchbaren und Werthvollen natürlich schwierig. Im vorigen Jahre hat sich nun innerhalb des deutschen Lehrerbvereins ein „Auschuß für die Sichtung von Jugendbüchern“ gebildet, der sich die Aufgabe gestellt hat, das Minderwertige auszuschließen.

Selne Zeitschrift „Jugend-Warte“, die in 22 000 Exemplaren den pädagogischen Zeitschriften beigelegt wird, bringt Urtheile und Rezensionen über die neu erscheinenden Jugendbücher. Der Vortragende besprach hierauf die Einrichtung und Leitung der an den Posener Stadtschulen bestehenden Schülerbibliotheken und gelangte zu dem Ergebnis, daß dieselben ihren Zweck nicht ganz erfüllen. Es halte schwer, die dem Standpunkte der Schüler entsprechende Auswahl zu treffen, noch schwieriger sei die Kontrolle des Gelesenen, und dann sei es ein Nebelstand, daß die Bücher inhaltlich mit dem Unterricht nicht Hand in Hand gingen; auch die Zweisprachigkeit unserer Schulen bietet der Lektüre ein Hindernis. Bei der Erörterung der zweckmäßigen Einrichtung der Schülerbibliotheken empfahl der Vortragende die Klassenlektüre und besonders die Massenlektüre, welch letztere darin besteht, daß dasselbe Buch in einer größeren Anzahl Exemplaren gleichzeitig ausgegeben und zu Hause gelesen wird, während bei der Klassenlektüre das Buch in der Klasse zu lesen und zu behandeln ist. Die Klassenlektüre eigne sich für die unteren, die Massenlektüre für die oberen Klassen. Der Vortragende besprach dann noch die Frage, welche Stoffe und Werke für die einzelnen Klassen zu empfehlen wären und schloß seinen inhaltreichen Vortrag mit der Bemerkung, daß das Gebiet der Jugendbibliotheken allen, die hier ernstlich mitarbeiten wollen, noch ein weites Feld des Schaffens darbietet. Herr Rektor Schwochow regte die Bildung einer Kommission für Jugendbücher an und fasste seine Ausführungen schließlich in eine Reihe Thesen zusammen. An den Vortrag knüpfte sich ein lebhafter Gedankenauftauch und beschloß die Versammlung, innerhalb des Posener Lehrerbvereins eine Jugendchriftkommission einzurichten. Die praktische Durchführung dieses Beschlusses wurde indes bis zur nächsten Sitzung vertagt. Ferner wurden folgende Thesen des Referenten angenommen: 1. Das Lesebedürfnis ist bei alt und jung vorhanden und es wächst von Jahr zu Jahr. 2. Die Ursachen des erhöhten Lesebedürfnisses sind zu suchen a) in dem Streben nach Fortbildung, b) in den Verlangen nach Unterhaltung und Berstreuung. 3. Die schädlichen Einwirkungen der Jugendlektüre treten in der Regel nur dort auf, wo letztere nicht pädagogisch geleitet und überwacht wird. 4. Eine zweckmäßige Auswahl der Schriften, sowie eine gute Leitung und Beaufsichtigung der Lektüre läßt sich am Besten durch die Schule ermöglichen; deshalb sind die Bestrebungen der Lehrerbvereine nach dieser Richtung zu unterstützen und die Einrichtung von Schülerbibliotheken ist überall zu fördern. 5. Die Schülerbibliotheken erfüllen in dem bisherigen Betriebe ihre erzielliche Aufgabe nur zum Theil, weil a) die Lehrer mit dem Inhalt nicht ausreichend bekannt sind, b) keine genügende Kontrolle ausüben können, c) der Lesestoff mit dem Unterricht vielfach nicht Hand in Hand geht. 6. Deshalb ist zu fordern, daß Massenlektüre eingeführt werde. 7. An die Schriften für Massenlektüre sind dieselben Anforderungen zu stellen, wie an jede gute Jugendchrift. Ferner muß der Inhalt mit dem Unterrichtsstoff der Klassenlektüre, für welche er bestimmt ist, in enger Verbindung stehen. Bezuglich der Darstellung ist die novellistische Form anzuwenden.“ Der Vorsitzende sprach dem Referenten den Dank für den anregenden Vortrag aus und thellte mit, daß am Sonnabend, den 17. März, Abends 8 Uhr, eine außerordentliche Generalversammlung stattfinden soll zur Beschlussfassung über die Gründung einer Lehrer-Begründungskasse und über die Ziele des 25-jährigen Bestehens des Posener Lehrer-Vereins. — Nach diesen Mitteilungen wurde die Sitzung geschlossen.

p. Das Schilling-Etablissement wird zum Sommer, wie wir hören, an das Telephonnetz der Post angeschlossen werden. Da

voraussichtlich zu der Zeit auch der Sonntagsdienst für die Stadtfernverbindung eingesetzt wird, so wird dies namentlich unferen Gewerbetreibenden, die vielleicht selbst an den Festtagen schlecht abkommen können, sehr erwünscht sein. In Anbetracht der projektierten Danibuslinie nach dem Schilling hat sich eine Anzahl Droschkenbesitzer bereit erklärt, die Fahrten dorthin um 50 Pfennige zu ermäßigen.

p. Die Petition, welche eine große Anzahl hiesiger Fleischer an den Herrn Regierungspräsidenten wegen der fürlich ergangenen Verordnung betr. den Verkauf von Fleischwaren gerichtet hat, ist, wie wir hören, abschlägig entschieden worden. Die Petenten wollen sich nun an den Herrn Oberpräsidenten wenden (Wiederholung)

* Die Königliche Eisenbahndirektion Bromberg macht folgendes bekannt: In die vom 1. Mai d. J. ab zwischen Berlin, Charlottenburg und Alexandrowo verkehrenden neuen Durchgangszüge 71 und 72 werden Wagen eingestellt werden, welche durch Gänge und gedeckte Übergangsböden mit einander verbunden und mit nummerierten Plätzen versehen sind. Für die Benutzung jedes Platzes ist außer dem Fahrpreise ein Zuschlag von 2 M. für die I. und II. Klasse und von 1 M. für die III. Klasse gegen Auskündigung einer Platzkarte zu zahlen.

* Postalisch. Im Interesse der ländlichen Bevölkerung besteht die postalische Einrichtung, daß die Landbriefträger auf ihren Bestellgängen Postsendungen anzunehmen und an die nächste Postanstalt abzuliefern haben. Jeder Landbriefträger führt auf seinem Bestellgange ein Annahmebuch mit sich, welches zur Eintragung der von ihm angenommenen Sendungen mit Wertangabe, der Einschreibsendungen, Postanweisungen, gewöhnlichen Packete, Nachmensendungen und Zeitungsgelder dient. Will der Auslieferer die Eintragung selbst bewirken, so hat der Landbriefträger demselben das Buch vorzulegen. Bei Eintragung des Gegenstandes durch den Landbriefträger muß dem Absender auf Verlangen durch Vorlegung des Buches die Überzeugung von der stattgehabten Eintragung gewährt werden. Es wird hierauf mit dem Vererken aufmerksam gemacht, daß die Eintragung der Sendungen in das Annahmebuch durch die Auslieferer selbst das geeignete Mittel zur Sicherstellung des Auslieferers bietet.

r. Wilna, 8. März. [Gemindeneordneten-Wahl.] Bei der heut im Friedlicher Lokale stattgefundenen Neu- bzw. Erstwahl der durchs Los und durch Verzug ausgeschiedenen Gemeindeverordneten wurde in der dritten Abteilung Hausbesitzer Lenz mit 64 von 102 abgegebenen Stimmen gewählt. Der Gegenstand war der bisherige Gemeinde-Verordnete Eigentümer Rabuszwietl. In der zweiten Abteilung wurde der praktische Arzt Dr. Chachamowicz mit 19 gegen 4 Stimmen, welche der Schuhmacher Uzomski erhielt, wieder- und Dampfmühlenbesitzer Rötholz mit 18 gegen 6 Stimmen, die auf den Wirth Raduszewski entfielen, neu gewählt. Der Vertreter des Eisenbahnfistus wählte in der ersten Abteilung die bisherigen Gemeindeverordneten Gärtnereibesitzer Gartmann und Hausbesitzer Krüger wieder. Sämtliche Kandidaten der Deutschen sind somit gewählt.

Stadtverordneten-Versammlung.

w. Posen, 7. März.

In der heutigen Sitzung wurde zunächst, wie wir bereits im Vorbericht mitteilten, einem Dringlichkeitsantrag des Magistrats gemäß beschlossen, daß die I. Commission von 1750 000 M. der neuen 3½-prozentigen Stadtobligationen zum Kurse von 96,82%, Proz. dem aus den Firmen Helmann Saul in Posen, F. W. Krause u. Co. und Delbrück Leo u. Co. in Berlin bestehenden Konsortium zu übertragen sei.

Nachdem die Öffentlichkeit wieder hergestellt, weiß Herr Bürgermeister Künnzer vor Eintritt in die Tagesordnung darauf hin, daß der Magistrat unter dem 10. Februar eine Nachbewilligung von 9000 M. für den Crat der Armenverwaltung pro 1893/94 beantragt habe, worüber im Plenum noch nicht berathen worden sei. Es steige in der Natur der Sache, daß solche Nachbewilligungen erst dann auftauchen, wenn sie nötig seien. Heute sei nun schon dieser Crat um 7054,02 M. überüberschritten und sehe sich der Magistrat genötigt, diese Erklärung abzugeben, um zu verbüten, daß der Schein erweckt werde, als ob der Magistrat nicht genügend das Geldbewilligungrecht der Stadtverordneten berücksichtige.

Stadt. Schönlanck erklärt, daß ihm die Vorlage zugegangen sei, und daß nach Rücksprache mit dem Vorsitzenden der Finanzkommission die Angelegenheit bei der Staatsberatung zur Sprache kommen werde. Stadt. Manheimer bestätigt, daß die Vorlage in nächster Woche ihre Erledigung finden wird.

Auf Antrag des Stadt. Kindler wird dann erst über Punkt 22 der Tagesordnung, Bewilligung der Kosten zur Aenderung des Scrubbers in der Gasanstalt, berathen. Stadt. Kindler führt an Hand einer Zeichnung aus, daß

der Scrubber ein cylinderartiger Behälter sei, der zur Ammoniafabrikation diene, ehe das Gas in den Gasometer kommt, passirt es den Scrubber, in welchem die Ausscheidung des Ammonia vor sich geht. Eine vollständige Entzündung des Ammonia ist nicht möglich, da aber bei der seit langem niedrigen Scrubber-Anlage die Gewinnung eine nur sehr unvollkommen war, so sollte der Scrubber nun erhöht werden, wodurch man mehr Ammonia gewinnen könne; außerdem werde das Gas besser. Die Kosten der nothwendigen Neuanlage belaufen sich auf etwa 4000 M. und empfiehlt Redner die Annahme der Vorlage, umso mehr, da sich ja die Sache rentire, denn schon im vorigen Jahre habe man bei der Ammoniafabrikation einen Überschuss von 7000 M. gehabt. Stadt. Kantron erklärt, die Finanzkommission habe nichts gegen die Ausführungen des Stadt. Kindler einzurichten und legt der Versammlung Namens der Kommission dringend ans Herz, die 4000 M. zu bewilligen, da die Ammoniagewinnung durch die Neuanlage eine bessere sein werde. Der so von der Bau- und Finanzkommission befürwortete Antrag wird daraufhin angenommen.

Es folgt die Fortsetzung der Staatsberatung.

Offene Armenpflege. Referent Stadt. Schönlanck. Außer den schon in voriger Sitzung genehmigten Abänderungen beantragt die Kommission: Bei den Einnahmen Titel III 1 „Unterstützungen“, den Titel von 9800 auf 10 400 M. zu erhöhen. Der Etat wird nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen.

Krankenhaus-Verwaltung. Referent Stadtverordnet. Schleyer. Bei den Einnahmen empfiehlt die Kommission bei Titel I 2, Abonnementsgelder für Kur von Dienstboten, statt 4350—4450 M., und bei Titel I 5, Glöss für Küchenabfälle und gebrauchtes Lagerstroh 200 M. statt 150 M. einzustellen; beim lebteren Posten liegt, wie Stadtrath Herz mitthilte, bereits ein Gebot in dieser Höhe vor. Bei den Ausgaben schlägt die Kommission bei Titel I 10, Remunerations für das Hilfs-Wartepersonal und Stellvertretungsosten vor, den eingestellten Betrag von 500 M. auf 350 M., bei Titel II 7a, Anschaffung und Instandhaltung von Haus- und Küchengeräthen von 1200 M. auf 1100 M., bei Titel II 10, Anschaffung und Reparaturen chirurgischer Instrumente von 600 M. auf 400 M., bei Titel IV 1, Speisung von Kranken, infolge der durch die Submission zu machenden Erbsparnisse von 26 200 M. auf 23 900 M. und bei Titel IV 2, Beköstigung des Dienst- und Wartepersonals aus demselben Grunde von 7600 M. auf 7150 M. herabzumindern, dagegen für Bekleidung der Wärter und des Dienstpersonals eine einmalige Ausgabe von 372,85 M. einzustellen. Der Etat wird mit den von der Kommission vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Der Etat der Hospital-Verwaltung, über den ebenfalls Stadtverordnete Schleyer referirt, wird mit der von der Kommission vorgeschlagenen Abänderung, den Ausgaben Titel III 1, Beköstigung, infolge der günstigen Ergebnisse der Submission von 11 400 M. auf 10 100 M. herabzusetzen, angenommen.

Bei dem Sparkassenverantrag, Referent Stadt. Jaszé, beantragt die Kommission, den Ausgabe-Titel V 2, für einen Hilfsarbeiter, nicht, wie vom Magistrat vorgesehen, auf 1500 Mark zu erhöhen, sondern bei 1200 Mark zu belassen; Titel VI 2, Zeitschriften des Sparkassenwesens, von 50 auf 55 Mark zu erhöhen und Titel VI 3 und 4, Unvorhergesehene laufende bezw. einmalige Ausgaben auf 400 Mark, statt auf 500 Mark, festzusetzen. Namens der Finanzkommission beantragte Stadt. Jaszé ferner die Annahme einer Resolution, in welcher der Magistrat erucht wird, in Zukunft der Sparkasse nicht mehr, wie bisher, fiktive Gehaltsätze, sondern die wirklichen Gehälter der bei der Kasse angestellten Beamten in Rechnung zu stellen. Bei Bearbeitung der Resolution weiß Referent u. A. darauf hin, daß die Verwaltungskosten unserer Sparkasse ganz bedeutend höher wie in anderen Städten sei. Hieran knüpft sich eine kurze Diskussion, an der sich außer dem Referenten noch Stadt. Dr. Lewinski und Bürgermeister Künnzer beteiligen. Letzterer ist der Ansicht, daß die seitliche Sparkassenentataufstellung durchaus nicht so zu verwerfen sei, wie dies hingestellt werde. Es sei ganz berechtigt, nur Durchschnittsgehälter anzunehmen, da man dadurch, daß man nicht fest gebunden, eher in der Lage sei, die Kasse mit den erforderlichen Kräften zu besetzen. Uebrigens seien nicht die Maximalgehälter, sondern die Durchschnittsgehälter angenommen; doch wolle der Magistrat eventuell dem Wunsche der Versammlung nachkommen und im nächsten Jahre nach dem Kommissionsbeschluß etatisiren.

Der Sparkassenverantrag wird schließlich mit den beantragten Änderungen genehmigt und die Resolution angenommen.

Etat für die Marstall-Verwaltung. Stadt. Herzberg beantragt Namens der Kommission, den Einnahmeposten V 1, Unterhaltungskostenbeitrag der Abfuhrverwaltung für 10 Pferde mit Kutschern von 15 000 Mark auf 12 550 Mark herabzusetzen, und bei den Ausgaben den Titel II 1, Futter, von 24 000 Mark

Auf der Neige des Jahrhunderts.

Roman von Gregor Samarow.

[56. Fortsetzung.] (Nachdruck verboten.)

Der Justizrath sah Atkins verwundert an.

Dann sagte er lächelnd:

„Auch diese Frage, mein Herr, kann ich Ihnen sogleich beantworten, ohne daß ich die Verhältnisse des Gutes Altenholberg eingehender zu prüfen nötig habe. Ich kann die persönliche Verantwortung dafür übernehmen, daß der Baron auf Altenholberg Ihnen die volle Sicherheit selbst für einen weitgehenden Kredit bietet, er steht im Begriff ein Geschäft zu machen, das durch meine Hände geht und ihn zu einem, man kann sagen, sehr reichen Mann machen wird. Danach wird er wohl nicht sehr lange in der Lage sein, einen solchen Kredit zur Ordnung der Verlegenheiten zu suchen, die jedenfalls nur vorübergehend sein können. Etwas Näheres vermog ich Ihnen heute über diese Angelegenheit nicht zu sagen, ohne die mir obliegende Diskretion zu verletzen, aber ich glaube Ihnen vollkommen die persönliche Bürgschaft für die Sicherheit eines Geschäfts geben zu können, das Sie mit dem Baron etwa abschließen wollen.“

„Ich danke Ihnen, mein Herr,“ erwiderte Atkins mit fast gleichgültiger Miene, „und ich werde also meinem Agenten die Busage zu dem von ihm proponirten Geschäft geben. Es ist mir angenehm, einem Manne, der mir allgemein gelobt wird, gefällig sein zu können, obwohl ich nicht recht begreife, daß der Baron von Holberg, wenn seine Verhältnisse so sind, wie Sie mir sagen, ein solches Geschäft sucht.“

Der Justizrath versicherte noch einmal, daß er die Wahrheit seiner Angaben verbürgen könne und Atkins empfahl sich.

Im Vorzimmer fand er den Kammerherrn v. Holberg, der sich erhob und an ihm vorbeiging, um in das Zimmer des Justizraths zu treten.

Er grüßte artig und ging vorüber.

Der Kammerherr sah ihn mit hochmütiger Miene an und neigte kaum zur Erwiderung des Grußes den Kopf.

„Wieder“, flüsterte er vor sich hin, „diese unangenehme Physiognomie, mit der ich neulich auf der Bahn zusammentraf — was kann er hier zu thun haben?“

Doch schnell vergaß er die Begegnung und trat in unruhiger Erwartung zu dem Justizrath hinein, der ihn um seinen Besuch gebeten hatte.

„Ich habe Ihnen eine wichtige und, wie ich hoffe, erfreuliche Mittheilung zu machen“, sagte der Justizrath, nachdem der Baron neben seinem Schreibtisch Platz genommen hatte — „die Sache, die Sie in meine Hände gelegt, geht einer schnelleren Erledigung entgegen, als ich es erwartete. — Ist dieselbe auch nicht ganz Ihren Ansprüchen und vielleicht Ihren Hoffnungen gemäß, so halte ich sie doch für vollkommen annehmbar, da Sie die Zeit und die Kosten eines immerhin nicht in seinem Ausgange genau zu bestimmenden und jedenfalls sehr langwierigen Prozesses erspart. Ich habe gestern“, fuhr er fort, während der Kammerherr in höchster Spannung lauschte, „eine Konferenz mit dem Justitarius des Haussministeriums gehabt, der Minister ist zu einem Vergleich mit Ihrem Vetter bereit.“

„Ah“, sagte der Kammerherr freudig aufathmend, aber schnell wieder die Miene falter Zurückhaltung annehmend — „und welche Proposition wird für diesen Vergleich gemacht? Der Fiskus ist nicht dafür bekannt, gutwillig etwas herzugeben.“

„Die Proposition ist einfach“, erwiderte der Justizrath, „der Minister ist bereit, zwei Drittel des Taxwerths der Herrschaft Brakenhausen, auf welche die Linie Ihres Veters Anspruch macht, daar auszuzahlen, wenn dieser auf den Grundbesitz selbst und auf den Ertrag der ihm entzogenen Revenüen Vericht leistet und sich verpflichtet, die als Entschädigung zu zahlende Summe zur Errichtung eines Fideikommisses genau unter denselben Bedingungen zu verwenden, welche der Graf v. Holtenberg in dem alten Erbvertrage für die Erbberechtigung vorgeschrieben hat.“

Der Kammerherr schlug die Augen nieder, um die in seinen Blicken aufblitzende Freude zu verbergen.

Dann sagte er zögernd:

„Und wie hoch würde sich die Summe belaufen, welche der Minister zu zahlen bereit ist?“

„Die Herrschaft Brakenhausen“, antwortete der Justizrath, „ist auf drei Millionen Mark toxit, es würden also Ihrem Vetter zwei Millionen zufallen, dieselben würden zunächst im Depositum der Regierung verbleiben und Ihrem Vetter verziert werden, bis derselbe den zu erwerbenden Grundbesitz bestimmt und die Fideikommis-Urkunde der Genehmigung an Allerhöchster Stelle unterbreitet hat. Dann würde der Kaufpreis von der Regierung ausgezahlt und der dafür erworbene Grundbesitz unter den fideikommisarischen Bedingungen ihrem Vetter übergeben werden.“

auf 21 000 Mark zu ermäßigen. Die Versammlung genehmigt den Etat mit den Abänderungen der Kommission.

Beim Etat für das Einquartirungswesen, Referent Stadtv. Krantz, wird nach dem Kommissionsantrag der Ausgabeposten von der Kämmererei für Kosten der Unterbringung von Offizieren zu (Titel IV 1) von 2600 Mark auf 1000 Mark herabgesetzt, gleichzeitig aber auch der Ausgabeposten, II 2, Unterbringung der Offiziere zu, von 4000 Mark auf 3000 Mark ermäßigt und im Uebrigen diese Etatposition angenommen.

Etat für die Mittelschule für Knaben. Der Vorsitzende, Herr Justizrat Orlger, meint, daß hierzu noch ein Gesuch von Seiten einer Anzahl Mittelschullehrer eingegangen sei. Die Petenten knüpfen daran an, daß die Unzulänglichkeit der Gehälter von allen Seiten verkannt würde, sie erkennen zwar an, daß die Neuregelung schwierig sei, doch bedauern sie lebhaft, daß die Magistratsvorlage dem Lehrer vom 1. bis 10. Dienstjahr nur 200 Mark Funktionszulage in Aussicht stelle und bitten, diesen Satz auf 300 Mark zu erhöhen.

Stadtv. Asmus bringt hiebei die Magistratsvorlage betr. Einführung einer neuen Gehaltstafel für die Mittelschullehrer zur Sprache und beantragt, einstweilen 4500 Mark zur Aufbelastung der Lehrergehälter in den Etat einzustellen. Es sei nicht Recht, die Lehrer jetzt wiederum ein Jahr warten zu lassen, nachdem vorher sich Federmann mit der Magistratsvorlage einverstanden erklärt habe.

Stadtv. Krantz tritt den Ausführungen des Antragstellers entgegen und vertheidigt die Kommission gegen den Vorwurf der Verschleppung. Die Gründe, weshalb die Sache noch keine Erledigung gefunden habe, seien einsach die, daß man erstens darauf hingewiesen wurde, es seien im nächsten Etatjahr nicht genügende Mittel vorhanden und zweitens sei das Material ein so reichhaltiges, daß es nicht so rasch zu bewältigen gewesen. Auch er trete für eine Erhöhung des Lehrergehälter ein, allein es sei doch nicht möglich, ohne vorherige genaue Prüfung kurzer Hand in Pausch und Bogen zu bewilligen.

Auch Stadtv. Lewinski meint bezüglich des Antrages Asmus, daß das Wohl der Lehrer allen am Herzen liege; irgendwelche gerechtfertigte Ansprüche der Lehrer für eine Gehaltserhöhung im neuen Etat seien jedoch durchaus nicht vorhanden. Jeder Lehrer bekomme eben so viel, als man ihm bei seiner Anstellung zugesichert habe, nicht mehr und nicht weniger. Die Magistratsvorlage bedinge eine Mehrausgabe von 17 600 M.; jetzt nun nach dem Vorschlag des Antragstellers 4500 M. in den Etat einzustellen, sei ein völlig unvirtschaftliches Vorgehen; wie sollten die 4 500 M. denn vertheilt werden? So lange er der Versammlung angehöre, habe er noch nicht mit einer so schweren Materie, wie mit der Magistratsvorlage zu thun gehabt. Er habe gegen die Vorlage die schwersten Bedenken, da er der Meinung sei, daß man nach Annahme derselben nicht mehr aus der Verlegenheit herauskommen werde und bittet, den Antrag Asmus abzulehnen.

Stadtv. Asmus zieht darauf seinen Antrag zurück. Zum Etat für die Knabennmittelschule schlägt die Kommission, Referent Krantz, folgende Änderungen der Ausgabeposten vor: Im Titel I 2, Druck-, Insertions- und Buchbinderkosten statt 253 M. nur 230 M. einzustellen; ferner bei Titel II 18, Lehrergehalt, statt 2 650 M. Erhöhung auf 2 750 M. (dieser Posten war im vorigen Jahr durch einen Fehler der Beamten auf 2 750 M. erhöht worden; der Fehler wurde nun inzwischen entdeckt und soll nun der betreffende Lehrer in diesem Jahre wieder sein eigentlich um 100 M. geringeres Gehalt beziehen, doch beantragt die Kommission schon mit Rücksicht auf die Beschränktheit den Satz von 2 750 M. stehen zu lassen); außerdem soll der Titel „Remuneration an sämmtliche Lehrer in Höhe der von denselben vom Dienstestellen zu zahlenden Gemeinde-Einkommensteuer“ künftig in Wegfall kommen. Der Etat wird nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen, ebenso der Etat für die Mittelschule für Mädchen mit der Anordnung, daß bei Titel I 1 statt 176 M. nur 160 M. eingestellt werden.

Beim Etat der Bürgerschule beantragt die Kommission, Referent Stadtv. Krantz, daß Schulgeld für die einheimischen Schüler von 18 Mark auf 24 Mark zu erhöhen. Der jetzige Satz sei ein niedriger, daß die Schüler der Mittelschulen auf die Bürgerschule übergingen.

Stadtv. Türl ist gegen diesen Antrag; durch die Erhöhung des Schulgeldes habe man schon die Mittelschulen entvölkert. Die Bürgerschule sei noch die einzige Lehranstalt, die es wegen ihres niedrigen Schulgeldes den kleinen Beamten und Handwerkern ermögliche, ihren Kindern eine bessere Erziehung zu geben.

Bürgermeister Künnz er führte aus, daß der Magistrat den Ausführungen des Stadtv. Türl beipflichte. Eine Erhöhung des Schulgeldes bedeute nicht einen Fortschritt, sondern einen Rückschritt und es sei eine Härte, jenen Eltern, die ihren Kindern eine etwas höhere Bildung geben wollten, dies zu erschweren. Die Frequenz der Mittelschule habe seit der Schulgeldserhöhung wesentlich abgenommen, dagegen sei der Besuch der Bürgerschule nur unwesentlich stärker geworden. Die Bürgerschule werde, wenn man die niedrigen Sätze beibehalte, überschwemmt und es könne nötig sein, noch eine zweite Bürgerschule zu gründen, sei ganz umzutressend. Die Stadt werde sich außerdem durch

Erhöhung des Schulgeldes finanziell wesentlich verschlechtern; denn sie müsse für die Stadtschüler weit mehr Aufwendungen machen, als für die Bürgerschüler; treibe man also durch die Schulgeldserhöhung die Bürgerschüler in die Stadtschulen, so verursache man dadurch der Stadt nur größere Kosten; auch werde dann schließlich der Bau einer siebten Stadtschule nötig werden.

Stadtv. Krantz befürwortet die Erhöhung des Schulgeldes; der Unterschied zwischen dem Schulgeld der Mittels- und dem der Bürgerschule sei ein zu hoher. Wenn man nicht erleben wolle, daß die Frequenz der Mittelschule weiter abnehme, müsse man für den Antrag stimmen. Die Bürger- und Mittelschulen würden ihres billigeren Schulgeldes wegen außerdem als Vorschulen für das Gymnasium zu benutzt.

Bürgermeister Künnz er bestreitet letzteres. Was die Frequenz anbelange, so sei dieselbe bei der Bürgerschule nicht derartig, daß man sich etwa genötigt gesehen habe, Schüler zurückzuweisen.

Stadtv. Dr. Kyrieliczy ist der Ansicht, daß, wenn das Schulgeld erhöht wird, viele Kinder die Stadtschulen besuchen würden; er wendet sich gegen den Antrag.

Stadtv. Brodning beleuchtete die finanzielle Seite und hat die Überzeugung, daß die Stadt bei Annahme des Antrages finanziell nicht gefährdet werde. Die Stadt sei bei jedem Bürgersteuer 60 M. zu, also müßten die Steuerzahler, die keine Kinder auf die Bürgerschule senden, für die anderen mitbezahlen; das sei doch eine Ungerechtigkeit.

Stadtv. Dr. Lewinski tritt für die Erhöhung des Schulgeldes ein, dieselbe müsse schon mit Rücksicht auf die Steigerung der Ausgaben eingeführt werden.

Stadtv. Jaffé weist auf einige Gesichtspunkte allgemeinerer Natur, namentlich darauf hin, daß das Schulwesen unserer Stadt mit den großen Leistungen und den billigen Schulgeldern seiner gebundenen Schulen zu den glänzenden Errungenschaften einer früheren Generation der städtischen Verwaltung gehöre. Sei man von der in diesen Dingen seit langer Zeit geltenden guten Tradition mit der Erhöhung der Sätze für die Mittelschule abgewichen, so möge man jetzt halt machen und bedenken, daß, wenn eine Erhöhung des Schulgeldes der Bürgerschule den kleinen Steuerzahler erleichtere, was immerhin zweifelhaft sei, dieser Vortheil dadurch mehr als ausgeglichen würde, daß den Kindern bedürftiger Eltern die Schulen mit erhöhten Leistungen mehr und mehr verschlossen würden.

Andrer Debatte betheiligen sich noch die Stadtverordneten Krantz, Herzberg, Ball und Dr. Lewinski und wird schließlich der Kommissionsantrag auf Erhöhung des Schulgeldes der Bürgerschule abgelehnt.

Hiermit schloß die Sitzung gegen 8 Uhr.

Allus der Provinz Posen.

Oppinie, 7. März. [Magistrats-Zubildäum. Vereinigung der Schulen.] Vorgestern den 5. März beging der Kaufmann Herr Sigismund Marcus sein 25jähriges Zubildäum als Magistratsmitglied; aus diesem Anlaß wurde derselbe durch ein Diplom, das ihm von der gesamten Stadtvertretung übergeben wurde, zum Stadtältesten ernannt; die Stadtverordnetenversammlung überreichte dem Jubilar als Zeichen der Anerkennung einen silbernen Tafelaussatz; von Nah und Fern waren zahlreiche Glückwünsche eingegangen. — Am 1. April findet die Verehrung der hiesigen höheren Knaben- und Mädchen-Schule statt, welche dann beide von einem Meller geleitet werden sollen.

Wongrowitz, 6. März. [Schule in Weihung. Abiturientenprüfung.] Die Orte Josephsthal und Kalitskawelche jetzt unter dem Namen „Josephsthal“ zu einer Gemeinde verschmolzen sind, besaßen bisher noch keine Schule, die nächste lag 4 Kilometer entfernt. Diesem für die Kinder lästigen und für die Eltern belangtindigen Zustande ist nunmehr durch Errichtung einer evangelischen Schule in Josephsthal abgeholfen worden. Vorgestern Nachmittag 4 Uhr fand die Einweihung des neuerrichteten evangelischen Schulhauses und die Einführung des Lehrers Heimlich in Josephsthal statt. An der Feier nahmen teil die Herren: Landrat Dr. v. Kleftitsch, Superintendent Schulz, die Mitglieder des Schulvorstandes, die in die Schule eintretenden Kinder, deren Eltern und mehrere Besitzer der Umgegend. Die Feier begann mit dem Absing des Liedes: „Lobe den Herrn, den mächtigen König der Ehren“. Hierauf hielt Herr Superintendent Schulz die Rede. Nach der Übergabe der Schule an den Lehrer durch den Kreisfleißinspektor wies noch Herr Landrat Dr. v. Kleftitsch in markigen Worten darauf hin, wie das hohe Ziel der Schule des Weiteren auch bedinge, daß sie eine Platzstätte der Liebe zu unserem Herrscherhaus und des Gotteshauses gegen die Obrigkeit sei. Nach einem dreifachen, begeistert aufgenommenen Hoch auf den Kaiser, dem Absingen der Kaiserhymne, schloß die würdige Feier.

— Kommanden Freitag, den 9. d. M., wird hier die mündliche Prüfung der hiesigen Abiturienten stattfinden. An der Prüfung werden 8 Oberprimaner teilnehmen.

X. Uff., 6. März. [Kriegerverein. Personaleien.] In der letzten Sitzung des Kriegervereins erstattete Spediteur Schwante Bericht über den Stand der Kasse. Danach verbleibt ein Bestand von 161,64 M. Die vom Rendanten aufgestellte Jahresrechnung wurde, nachdem sie von der Rechnungsprüfungskommission für richtig befunden worden war, becharft. Am Schlus der Sitzung erhielt jeder Kamerad ein Exemplar des neuen nach den Satzungen des deutschen Kriegerbundes abgedruckten Vereinsstatuts. — Der Neopresbyter Koch ist als Vikar in Rottin bei Pleschen angestellt. — Der Schulamtskandidat Brölke aus Orlow-Bromberg ist mit der Vertretung des bis zum 1. April d. J. beurlaubten Lehrers Koch betraut worden. Herr P. hat heute seine amtlichen Funktionen übernommen.

Schneidemühl, 6. März. [Abiturientenprüfung.] Heute fand in dem hiesigen Gymnasium unter dem Vorsitz des Geheimen Regierungs- und Provinzial-Schulrats Polte aus Posen die mündliche Prüfung der Abiturienten statt. Zugelassen wurden acht Oberprimaner, welche sämmtlich bestanden. Drei Oberprimaner wurden von der mündlichen Prüfung entbunden.

Eine Hypothek für Ihren Vetter in Altenholberg suchen.“

Allerdings, sagte der Kammerherr, diese Hypothek muß zur Befriedigung der Konkursmasse binnen sechs Monaten beschafft sein, doch ist sie so gut, daß sie keine eigentliche Verlegenheit bildet — ich habe auch gehört, daß die Sache bereits erledigt ist.“

„Immerhin kann ich nur raten“, bemerkte der Justizrat, „die Entschließung ihres Herrn Bettters schnell herbeizuführen, es wäre immerhin nicht unmöglich, daß das Hausministerium noch irgend ein Rechtsgutachten einholte und dadurch schwieriger würde.“

Der Kammerherr blickte einen Augenblick nach.

Er begriff, daß in jedem Fall eine längere Verzögerung verhängnisvoll werden könnte, aber zugleich mußte er um jeden Preis so viel Zeit gewinnen, um seine Vorbereitungen zum Abschluß zu bringen, wenn ihm der Preis seines bisher so glücklichen Spiels nicht entgehen sollte.

„Ich bin ganz Ihrer Meinung, Herr Justizrat“, sagte er, „und werde ganz nach Ihrem Sinne handeln, soweit es thunlich ist. So möchte ich Sie zunächst bitten, den Vertrag, welcher zum Abschluß des Vergleichs erforderlich ist, vollständig aufzusetzen und sich der vorläufigen Zustimmung des Hausministeriums dafür vergewissern zu wollen — mit einem solchen Entwurf in der Hand werde ich den Entschluß meines Bettters schneller herbeiführen können, als blos durch meine mündlichen Mitteilungen, denn er ist etwas peinlich in Rechtsfragen, welche nicht ihn allein, sondern die Zukunft seines Hauses angehen.“

(Fortsetzung folgt.)

„Das ist etwas wenig,“ sagte der Kammerherr achselzuckend, „im Vergleich zu den Ansprüchen, welche der Linie von Altenholberg zustehen.“

„Es sind eben nur Ansprüche,“ erwiederte der Justizrat, „die noch nicht ausgeschöpft sind und vielleicht nach langer Zeit erst, vielleicht auch gar nicht ausgeschöpft werden möchten — hier aber bietet sich eine sofort zu erfassende Realität und ich glaube, Ihnen nach meinen Erfahrungen für derartige Prozesse nur zur Annahme des Vergleichs raten zu können. Es ist immerhin schon ein Glücksschlag, daß sich jenes alte Dokument gefunden hat und daß der Fiskus soweit entgegenkommt. Würde die Sache in einen Prozeß gehen, so wird vielleicht Ihr Vetter kaum dessen Ende erleben.“

„Num,“ sagte der Kammerherr, „es ist zwar traurig, daß ein so zweifelloses Recht zu einem so geringen Theil zum Auftakt kommt, aber das alte Sprichwort ist ja wahr, daß ein magerer Vergleich besser, als ein fetter Prozeß sei, und ich meinestheils würde die Proposition annehmen, doch kann ich in einer so wichtigen Frage, trotz der mir erhaltenen Generalvollmacht nicht selbstständig bestimmen und ich muß mir eine bestimmte Antwort noch vorbehalten, bis ich meinem Vetter die Sachlage zur Entscheidung gestellt habe.“

„Ich möchte Sie bitten, die Antwort nicht zu lange zurückzuhalten,“ sagte der Justizrat, „denn es wäre immerhin doch möglich, daß bei längerem Zögern irgend welche Gründe den Minister zu einer anderen Ansicht bestimmen könnten. Die Bureaucratie ist unberechenbar und da sie sich in diesem Falle

im Besitz des Streitobjekts befindet, so würde ein Prozeß für das Hausministerium weniger Bedenken haben, als für Ihren Vetter, der, wie ich weiß, sich in einer etwas verlegeneten Lage befindet.“

Der Kammerherr zuckte zusammen.

Sollte der Justizrat sich etwa mit dem alten Baron in Verbindung gesetzt haben? Das Spiel, das er selbst spielte, machte ihn misstrauisch, und Alles konnte durch eine zu frühzeitige Klärung für ihn verloren sein. Noch hatte er nach seiner Seite hin volle Sicherheit, er durfte die Sache nicht früher zur Erledigung und zur Kenntnis des Barons kommen lassen, bevor nicht Meinhard's Verbindung fest stand und zugleich seine eigene Verbindung mit Marianne gesichert war. Er hatte die Letztere, deren er gewiß zu sein glaubte, absichtlich noch hingehalten, bis Meinhard bestimmt gebunden sein würde; um jeden Preis mußte er seine Vorbereitungen erst abschließen, ein direkter Verkehr des Justizraths mit dem Freiherrn Kochus konnte Alles verderben.

„Mein Vetter,“ sagte er mit gleichgültigem Ton, während er das Gesicht des Justizraths scharf beobachtete, „hat durch den Zusammenbruch seines Banquiers allerdings Verluste gehabt, aber so schlimm ist seine Lage nicht, daß er gekommen sein sollte, eine jede Proposition ohne Weiteres anzunehmen.“

„Ich glaubte wenigstens,“ erwiederte der Justizrat ruhig, „daß ihm eine möglichst baldige und glatte Erledigung erwünscht sein möchte. — Wir Juristen stehen ja mit aller Welt in Verbindung und so hatte ich denn auch von einem Agenten, der zu meinen Clienten gehört, erfahren,

Konkursverfahren.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Konditors Theodor Kiester zu Posen ist der angenommene Zwangsvergleich rechtskräftig bestätigt worden. 3142

Zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters wird eine Gläubigerversammlung auf den 30. März 1894,

Nachmittags 12^h, Uhr, in das Zimmer Nr. 8 des hiesigen Amtsgerichtsgebäudes, Ga

pelplatz Nr. 9 berufen.

Posen, den 5. März 1894.
Königliches Amtsgericht.

Abtheilung IV.

In der W. Szostak'schen Konkursache soll die Schlussverhandlung erfolgen. Dazu sind M. 1637,65 verfügbar; zu bedenken sind Forderungen zum Betrage von M. 17.652,42 darunter M. 78,32 vorberechtigt.

Das Verzeichnis ist auf der Gerichtsschreiberei niedergelegt. Jarotschin, den 7. März 1894.

Der Verwalter.

Müller. 3145

Verkäufe * Verpachtungen

Schloßstraße 2 m. od. ohne Baupl. in schönster Geschäftsl. Posens preisw. nur an Selbstläufer zu verl. Frau E. von Nikiewicz, Nachm. 4-5 zu spr. 3037

Verkauf!

Ein Gartengrundstück von 24 Morgen incl. 10 Morgen zweijährige Wiese, Rest Garten-, Obst- und Spargelanlage. Der Acker und Wiese ist in hoher Kultur. Die Gebäude sind mit 15.100 Mark bei der Br. Feuer-Gesellschaft versichert, und liegen in einem 3 Morgen großen Park. Der Acker und Wiese liegt zusammen in einem Plan, hart an einer Kreisstadt und Eisenbahn. Dasselbe ist für eine geringe Anzahlung zu verkaufen. Näheres in der Expedition dieses Blattes unter A. R. 25. 3058

Weine in der Provinz Posen gelegene, gangbare Rossländerei bin ich Willens franthäus- halber bald zu verpachten oder zu verkaufen. Off. unter "Ros" posil. Rauwitsch erbeten. 3103

Gelegenheitskauf.

1 Grundstück, ca. 4 Morgen groß, mit 2 Wohnhäusern, Stallungen, Schuppen etc. event. mit großer darauf befindlicher Dampf-schneidemühle, bestehend aus 24 HP. Dampfmaschine mit Brauschem Kessel, Gatter, Kreis- und Bandsäge, Schleifmaschine, billig unter sehr günstigen Bedingungen in Rogasen zu verkaufen. 2762

Max Kuhl, Posen.

Kauf-* Tausch-* Pacht- Mieths-Gesuche

Ein nachweislich rentables Colonialwaaren- u.

Delicatessen - Geschäft wird in einer grösseren Stadt zu kaufen gesucht.

Vorheriges Einarbeiten erwünscht. Detaillierte Off. sub W. J. an Rudolf Mosse, Berlin S.W. Discretion zugewichtet. 2995

Ein nachweislich rentabler Gasthof

oder Restaurant mit auch ohne Land, wird von jungen fröhlichen Leuten zu pachten event. später zu kaufen gesucht. Gefäll. Offerten bitte an Restaurateur Plonke in Neugräb bei Fraustadt zu richten. 3041

Kaufgesuch!

Ausgesprochenes Kübengut 1000-1500 Morgen suche ich sofort zu kaufen. 3113

Gefäll. Offerten unter S. N. 15 an die Exped. d. Bl. erbeten.

Gut erhaltenes Nussbaum- u. Mahagoni-Möbel sucht 3138

KÖNIGL. MINERALBRUNNEN

SIEMENS & Co.



Mieths-Gesuche.

Breslauer-Str. 21 1 Laden mit Schaufenster, Blumen-Str. 5 part. 4 Z., Küche, Mädchenset., Speisek., Closet etc. v. 1. April z. verm. 563

Eine Wohnung v. 2 Zimmern, Küche u. Nebengelaß, vorn heraus, vom 1. Juli für 90 Thlr. zu vermieten Fischerei 22, III Treppen, bei Ganske.

Möbl. Zimmer zu vermieten. Nächstes Blumengeschäft Helmplatz 14. 3089

Möblirte Wohnung, 2 Zimmer u. Bürschest. zum 1. April z. v. Victoriastr. 22, I.

In meinem neu erbauten Hause, Ecke Markt und Kl. Kirchenstraße, sind zwei Läden neben Wohnungen, passend für ein Cigarren-geschäft, Buchtitel, Weinwaren, oder für Schuh und Stiefel, vom 1. Juni ab zu vermieten.

Ferner ein Laden nebst Wohnung, in dem seit 9 Jahren ein Gold- und Silberwarengeschäft mit Erfolg geführt wurde, vom 1. Oktober 1894 ab zu vermieten.

Louis Schmeider,
Schneidemühl,
Ecke Neuer Markt. 2725

Stellen-Angebote.

Posen, den 31. Oktober 1893.

Jeden Freitag erscheint ein Verzeichnis von Stellen, welche an Inhaber von Bibl.-Versorgungs-Schein zu übergeben sind; dasselbe kann täglich von 9 bis 1 Uhr im Haupt-Melde-Amt — Fort Röder am Eichwaldthor — eingesehen werden. 17212

In der hiesigen Gemeinde ist die Gemeindebenz- und Vollziehungsbeamtenstelle mit einem jährlichen Anfangsgehalte von 500 Mk. und den tarifmässigen Exekutionsgebühren, welche jährlich ca. 150-200 Mk. betragen, neu zu besetzen. Geeignete, der deutschen und polnischen Sprache mächtige Bewerber wollen selbst geschriebene Bewerbungsgesuche nebst Lebenslauf und Zeugnisschriften bis zum 1. April cr. an den untenzeichneten Gemeindevorstand einenden. 3125

An Kautioin sind 300 Mk. zu hinterlegen.

St. Lazarus,
den 6. März 1894.
Der Gemeindevorstand.
Jeske.

Agenten-Gesuch!

Eine seit vielen Jahren bestehende, leistungsfähige Gemüse-Konservenfabrik, sucht einen bei den Delikates- u. Kolonialwarenhändlern gut eingeführten, tüchtigen Vertreter für den hiesigen Platz. Offerten sind unter W. Y. 621 an G. L. Daube & Co., Frankfurt a. M. zu senden. 3143

Sofort
Vers.-Inspe. f. Hagel f. e. gut eingeführte Gesellschaft bei Fixum und Diäten für dauernd gerucht. Offerten sub A. Z. 22 in der Exped. d. Zeitung erbeten. 3122

Für mein Delikates- und Kolonialwaren-Geschäft suche per 1. April cr. einen jüngeren Commiss, welcher der polnischen Sprache mächtig sein muss. 3132

H. Gutsche, Ostrowo.

Für mein Manufakturwaren-, Herrengarderoben- und Damenkonfektions-Geschäft suche per sofort oder 1. April, bei hohem Gehalt, einen tüchtigen, älteren

F. F. 100 postl. Schliegel i. B. Ein erfah. Erzieher, d. auch

im Französischen unterrichtet, s. z. 1. April d. J. eine Stelle als Hauslehrer oder Amtssekretär. Gefl. Off. unter S. M. 200 an die Exped. d. Töpfst. Bzg. erbeten. 3101

Ein allen Zweigen d. Assizeuranz, Innen- u. Außenfach, durchaus bewährter Versich. Beamter, sucht entsp. Stellung. Gefl. Off. P. M. Exped. d. Bzg. erbeten.

Kellner
findet bei mir Stellung.
A. Duchowski, Berlinerstr. 9.

Eine durchaus tüchtige erste 3106

Puhrarbeiterin auf besseren Genres sofort bei hohem Salair gesucht. Puhrgeschäft Helene Norden, Inowrazlaw.

Tüchtige Puhrarbeiterinnen, die selbstständig arbeiten können, und 1 junges Mädchen, die den Verkauf erlernen will, sucht per sofort Schwarz, Krämerstr. 17.

In unserem Reinen- u. Wäsche-Geschäft findet ein gewandter 3130

Commis, welcher auch der polnischen Sprache mächtig ist, per sofort event. vom 1. April Stellung.

Reinstein & Simon.

Gebüte Schneiderinnen tönn. sich nördl. Halbdorffstr. 32 I. L.

Lehrling mit schöner Handschrift kann sich melden. 3121

Heinrich Liebes,
Kleine Gerberstraße 7a.

Lehrling mit guter Schulbildung, der polnisch u. deutsch spricht, findet gute Ausbildung in einem grösseren Kolonial-, Manufaktur- und Schuhwaren-Geschäft

der Provinz Westfalen. Gefl. Offerten bei d. Exped. d. Blattes unter R. 3007.

Stellen-suchende allec Branchen placirt schnell Reuters Bureau Dresden, Oststr. 1064

Stellung erh. Feder überall hin umsonst. Ford. p. Post. Stell.-Ausm. Courier, Berlin-Westend 2.

Stellen-Gesuche.

Bom 1. April suche als Buchhalterin oder Kassiererin Stellung. Offerten unter L. K. 5 vollzagernd. 3024

Ich suche auf logl. oder später Stellung als Kassenbote, Bureau-dienner (mit Centralheizung vertraut), Schreiber oder dergl. bei beschiedenen Ansprüchen sofort Julius Gleiniger, Ober-Wallstraße 3, Keller.

100 Mark erhält, wer einem tücht. Brenner auf, dauernde Stellung befragt. Gefl. Offerten sub Nr. 3043 an die Exped. d. Pol. Sta. 3043

Ein junger Mann, der für seine Lehrzeit in einem Kolonialwaren- und Destillationsgeschäft beendet, sucht unter bescheidenen Ansprüchen sofort Gefällige Offerten erbitte unter K. S. 105 postl. Schwerin. 3118

Ein jüngerer Commiss der Kolonial-, Delikates-, Wein- und Cigarrenbranche, lat. der beiden Landessprachen mächtig, sucht geübt auf g. Bezeugnisse, vom 1. April 1894 anderweitige Stellung. Gefl. Off. erh. unter F. F. 100 postl. Schliegel i. B.

Ein erfah. Erzieher, d. auch im Französischen unterrichtet, s. z. 1. April d. J. eine Stelle als Hauslehrer oder Amtssekretär. Gefl. Off. unter S. M. 200 an die Exped. d. Töpfst. Bzg. erbeten.

Ein allen Zweigen d. Assizeuranz, Innen- u. Außenfach, durchaus bewährter Versich. Beamter, sucht entsp. Stellung. Gefl. Off. P. M. Exped. d. Bzg. erbeten.

Wirthin, perfekt im Kochen, sucht vom 1. April selbständige Stellung. Vbr. A. B. 73 a. d. Exped. d. Bzg.